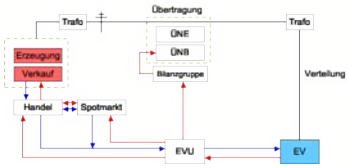
Vertragsbeziehungen im Schweizerischen Stromversorgungsrecht

Netzanschlussvertrag – Netznutzungsvertrag – Energielieferungsvertrag – Lieferantenrahmenvertrag

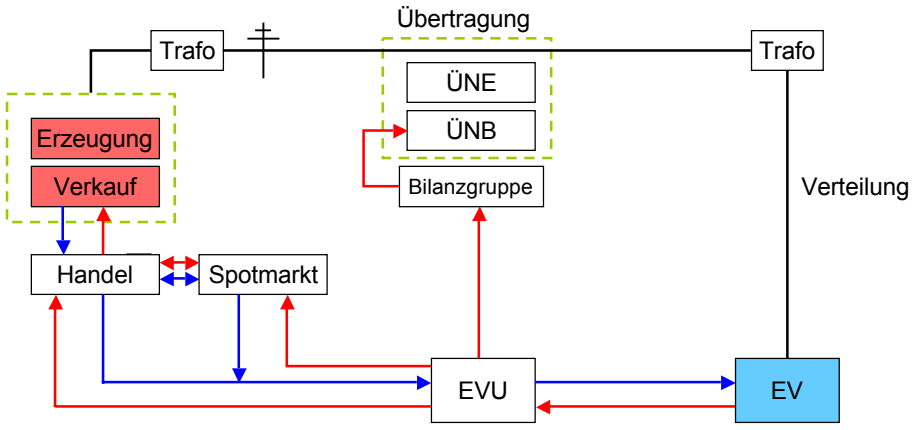
Dr. Michael Merker

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

KW — EV



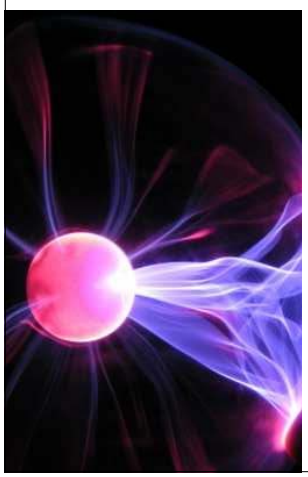
- Physikalischer Fluss des Stroms
- Eigentumsrechtlicher Fluss des Stroms ?
- Geldfluss ?



- Mehrere Funktionen, teilweise 1 Eigentümer
- Physikalischer Energiefluss
- Eigentumsrechtlicher Energiefluss
- Geldfluss

3

- Qualifikation Strom



- Strom ist „Sache“ im Sinn von Art. 713 ff. ZGB (Fahrnis)
- Strom kann rechtlicher Herrschaft unterworfen werden
- Gegenstand von Kaufverträgen (Art. 184 ff. OR)
- Produktion und Verteilung ganz erheblich öffentlichrechtlichen Normen unterstellt

Vertragsfreiheit vs **Kontrahierungspflicht**

OR, konsensual

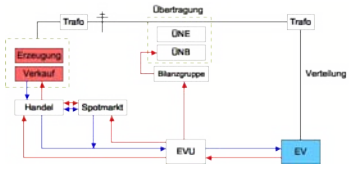
- Wahlfreiheit Partner
- Inhaltsfreiheit
- EV > 100 MWh/a plus Netzzugangserklärung (nur Ware Strom)
- Konkretisierung in
  - Vertrag
  - AGB
  - Streitentscheid Zivilgerichte

StromVG, einseitig

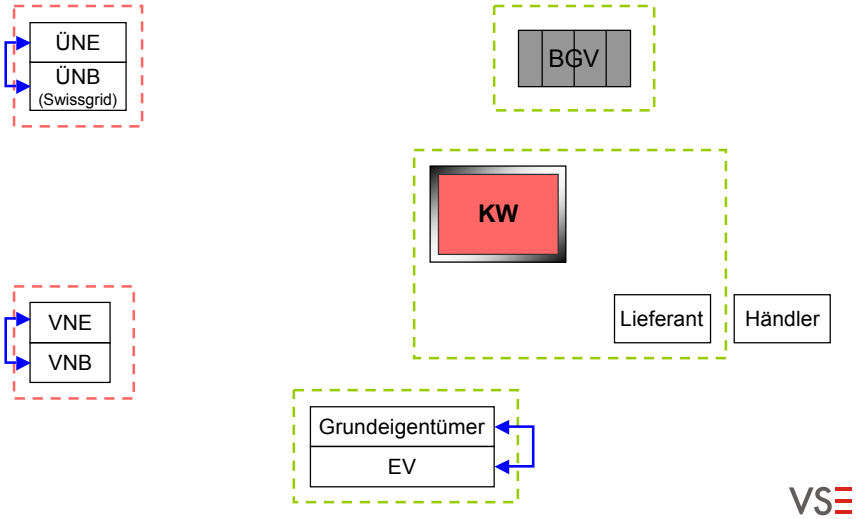
- NA
- NN
- Grundversorgung
- Konkretisierung in
  - StromVV
  - allg. Netzanschluss- / Netznutzungsbedingungen
  - Tarife
  - Rechtsprechung / Weisungen ElCom

5

- Vertragspartner ?
- Verträge ?



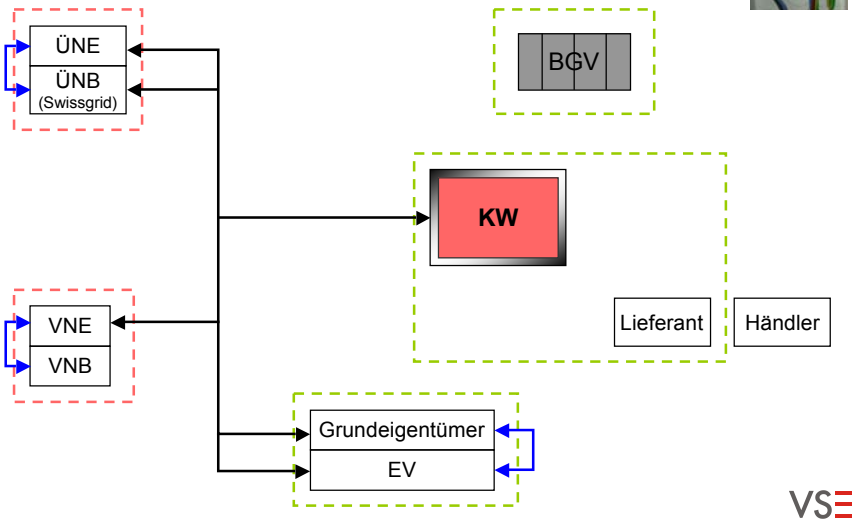
Vertragspartner



7

Netzanschlussvertrag

ÜNB-VNB, ÜNB/VNB-Grundeigentümer / ev. Mieter



8

Netzanschlussvertrag

ÜNB-VNB, ÜNB/VNB-Grundeigentümer / ev. Mieter

- Begriff
  - Art. 5 StromVG
  - Regelt
    - Anschluss des Verteilnetzes an Übertragungsnetz (ÜNB - VNB)
    - Anschluss elektrischer Anlagen auf Grundstück oder in Gebäude an Nieder-spannungsnetz (VNB - EV)
- Qualifikation
  - Anschluss: Innominatkontrakt
  - Erstellung Netzanschluss: Werkvertrag (Art. 363 ff. OR)

9

Netzanschlussvertrag

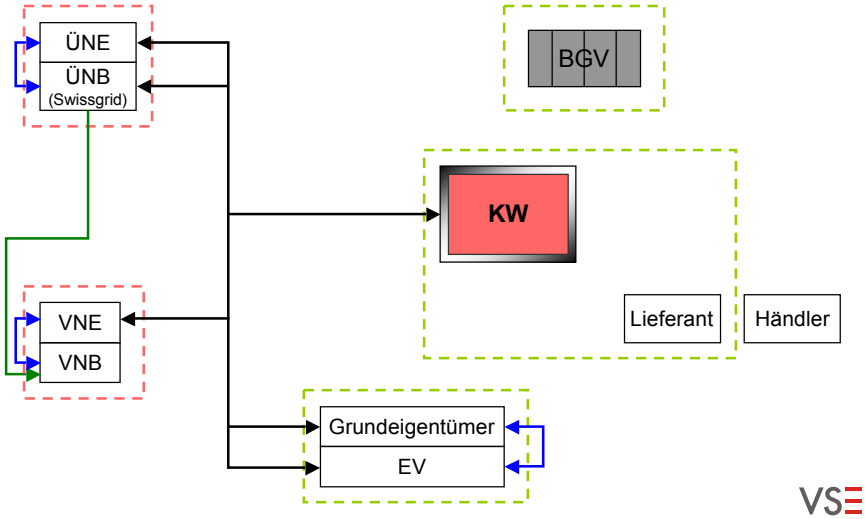
ÜNB-VNB, ÜNB/VNB-Grundeigentümer – Technische Anbindung des Netzanschlussnehmers

- Inhalt
  - Definition Abnahmestelle
  - Lieferspannung
  - Netzanschlussleistung
  - Eigentumsgrenze
  - Erstellungskosten und Netzkostenbeiträge
  - Messung
  - Zutrittsrecht
  - Unterbrüche
  - Haftung
  - Kündigung
  - Ersatzbelieferung ?

10

Netznutzungsvertrag

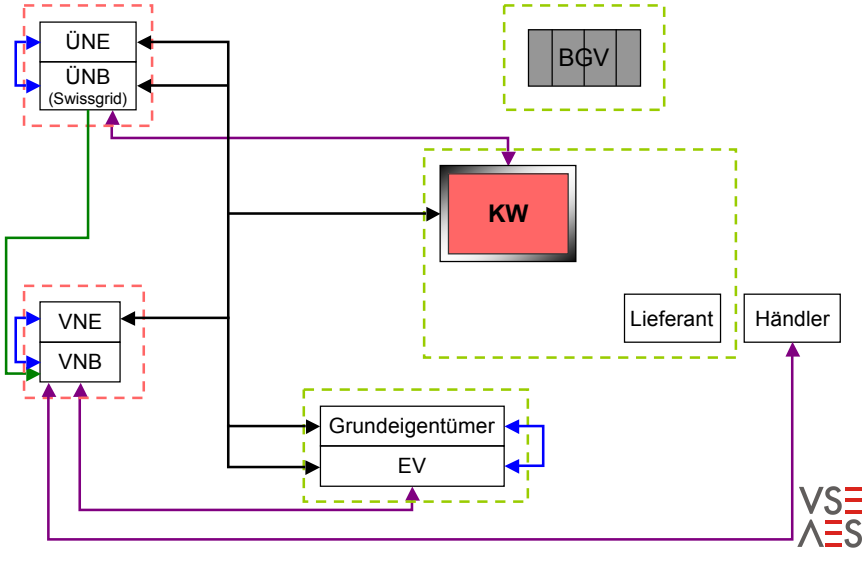
zwischen ÜNB-VNB



11

Netznutzungsvertrag

zwischen ÜNB-VNB-EV (Händler?)



12

Netznutzungsvertrag
zwischen ÜNB-VNB-EV (Händler ?)

- Begriff
  - Art. 13 StromVG
  - Regelt
    - Netznutzung (Transport-vertrag)
    - Rahmenbedingungen und Entgelte
- Qualifikation
  - Werkvertrag (Art. 363 ff. OR umstritten)
  - Innominatkontrakt
  - Folge: Vertragliche Regelung wichtig

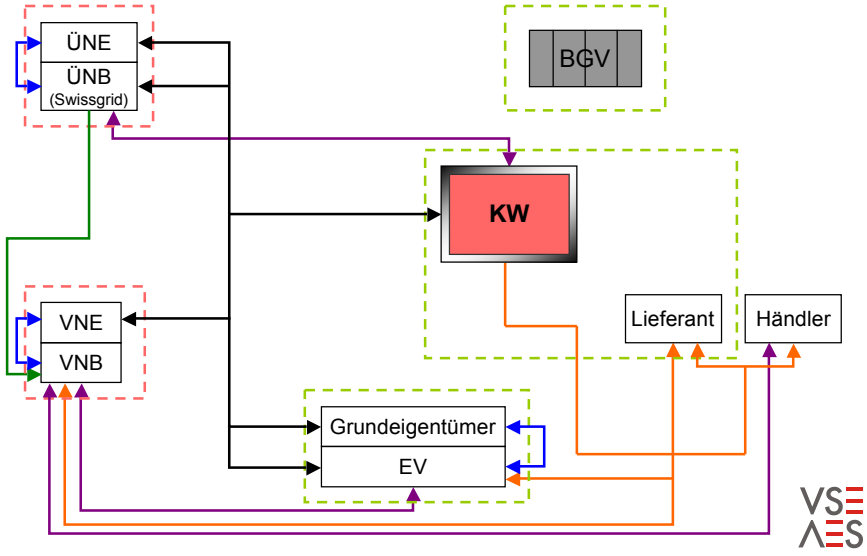
13

Netznutzungsvertrag
zwischen ÜNB-VNB-EV (Händler ?)

- Inhalt
  - Vorhalt von Netzinfrastruktur (für Elektrizitätsversorgung des Kunden)
  - Leistung der notwendigen Netzdienste
  - Kontrahierungszwang und Verweigerungsgründe
  - Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate
  - Unterbrechungen und Folgen
  - Entgeltgestaltung
  - Vertragsdauer / Kündigung
  - Ersatzbelieferung

14

Energieliefervertrag



15

Energieliefervertrag

- Begriff
- Qualifikation
- Stromliefervertrag regelt
  - Versorgung eines Kunden mit elektrischer Energie
  - Ohne Netznutzung
- Umstritten
  - Kaufvertrag (Art. 184 ff. OR)
    - Keine einmalige Eigentumsübertragung
    - Dauerschuldverhältnisse
  - Werkvertrag (Art. 363 ff. OR)
  - Auch hier: vertragliche Regelung wegen Unsicherheit wichtig

16

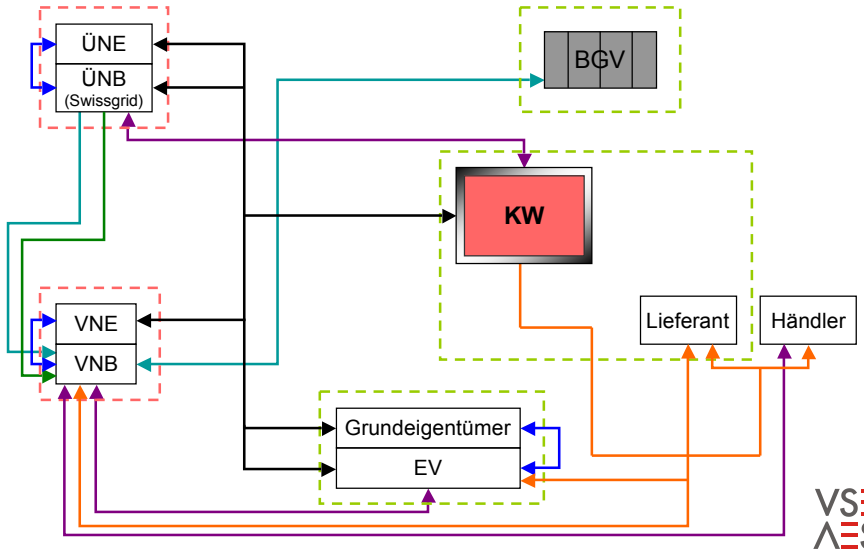
Energieliefervertrag

- Inhalt

- Nach Kundengruppen unterschiedlich
  - Grundversorgung
  - freier Markt
    - Vollversorgungsverträge
    - Vollversorgungsverträge inkl. Lieferung?
    - Strukturierte Lieferung (Band- und Programmlieferung)
    - Reservelieferung / Zusatzversorgung bei freien EV mit Eigenerzeugungsanlagen
- Übergabestelle
- Preis / Tarif
- Vertragsdauer / Kündigung
- Messung
- Abrechnung
- Haftungsregeln
- Gerichtsstand

17

Energiedatenlieferung



18

Energiedatenlieferung

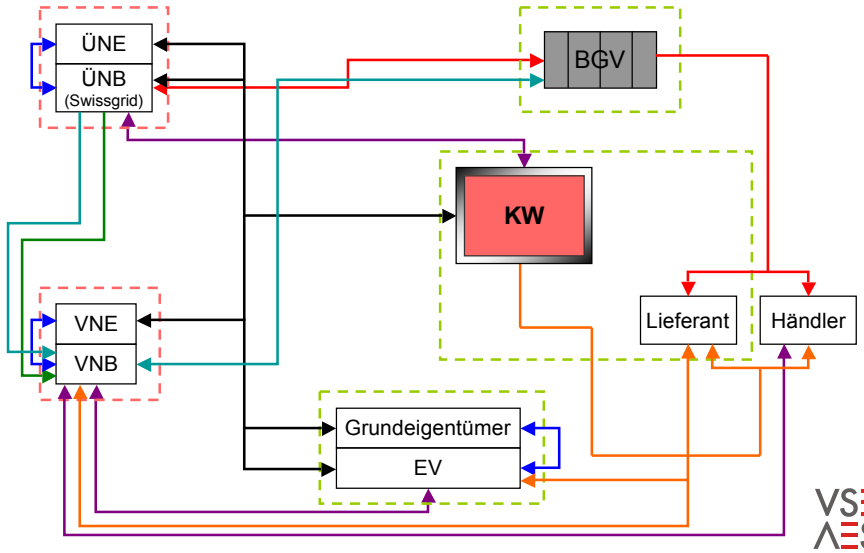
- Energiedatenlieferung

- Datenaustausch
  - Kundenliste des Netzbetreibers
  - Lieferantenwechsel
  - Verbrauchsdaten des Kunden

- Regelung zwischen ÜNB / VNB - BGV

19

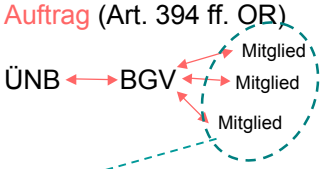
Bilanzgruppenvertrag



20

Bilanzgruppenvertrag

- Begriff
  - Bilanzgruppe = rechnerische Zusammenfassung einer beliebigen Anzahl von Einspeise und/oder Auspeisepunkten (Kontierungssystem) in Regelzone Schweiz
- Qualifikation
  - Auftrag (Art. 394 ff. OR)



- ev. einfache Gesellschaft (unklar)
- Bündel von Einzelverträgen

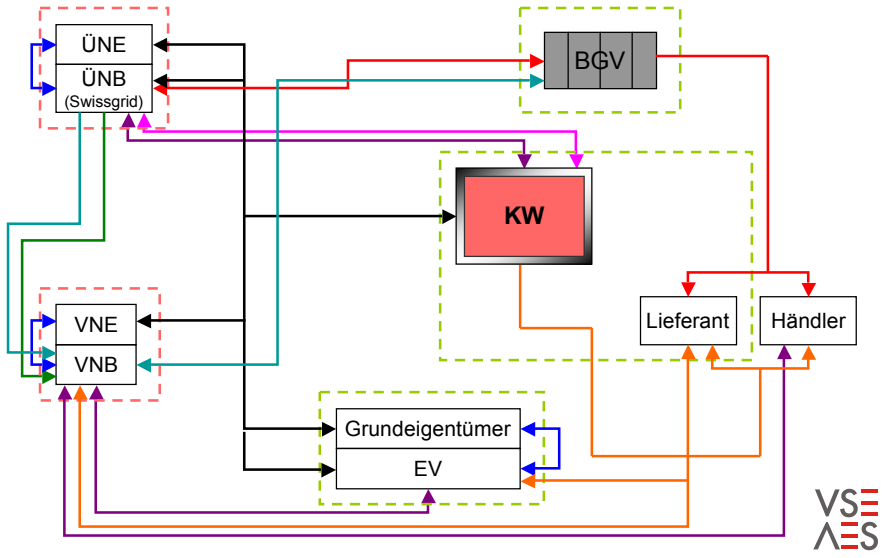
21

Bilanzgruppenvertrag

- Inhalt
  - Rechte und Pflichten ÜNB, BGV, Bilanzgruppenmitglied
  - Bestimmungen Datenaustausch
  - Haftungsbestimmungen
  - Kündigungsbestimmungen

22

Vertrag Beschaffung SDL



23

Vertrag Beschaffung SDL

- Beschaffung SDL

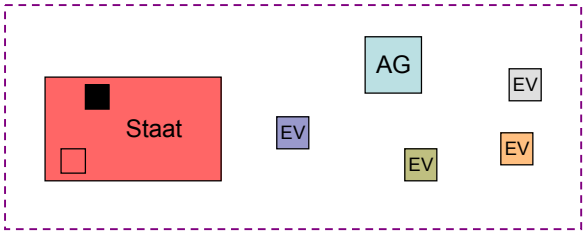
- Kaufvertrag über Lieferung und Nichtlieferung elektrischer Energie
- Tertiärregelung über Innominatkontrakte (Lastabwurf)

24

Verteilnetzbetreiber / EVU als Unternehmen

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

Handlungsgrundsätze für EVU



Bundesverfassung

- bestimmt Handeln des Staates
- bestimmt teilweise auch Handeln der EVU
  - abhängig von Organisationsform
  - wirkt sich auch auf Vertragsgestaltung aus

26

Handlungsgrundsätze für EVU

Art. 5 Bundesverfassung

Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns

[1] Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht.

[2] Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.

[3] Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.

[4] Bund und Kantone beachten das Völkerrecht.

27

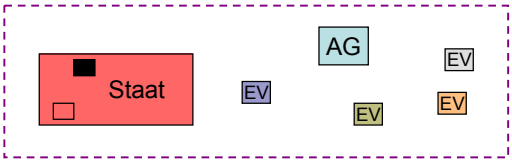
Handlungsgrundsätze für EVU

Grundprinzipien
des Verwaltungsrechts und
des rechtsstaatlichen Handelns

- Gesetzmässigkeit
- Öffentliches Interesse
- Verhältnismässigkeit
- Rechtsgleichheit
- Treu und Glauben

28

Handlungsgrundsätze für EVU



Art. 35 Bundesverfassung

Verwirklichung der Grundrechte

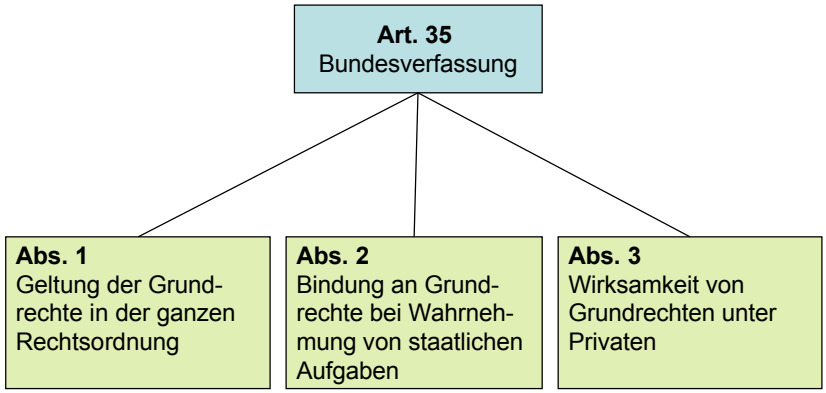
[1] Die Grundrechte müssen in der ganzen Rechtsordnung zur Geltung kommen.

[2] Wer staatliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden und verpflichtet, zu ihrer Verwirklichung beizutragen.

[3] Die Behörden sorgen dafür, dass die Grundrechte, soweit sie sich dazu eignen, auch unter Privaten wirksam werden.

29

Verwirklichung der Grundrechte



30

Art. 35 Abs. 1 BV

Auftrag zur Verwirklichung der Grundrechte

- Grundrechte müssen in ganzer Rechtsordnung zur Geltung kommen (Grundrechtspolitik)
- nicht nur Abwehrrecht des Privaten, Abs. 1 verlangt positives Tun des Staates
- richtet sich an alle Staatsorgane auf allen Ebenen
  - Bund, Kantone, Gemeinden
  - Gesetzgeber, Regierung, Verwaltung, Justiz
- Grundrechtskonforme Auslegung und Handhabung aller Rechts-normen

31

Art. 35 Abs. 2 BV

Wer ist an die Grundrechte gebunden ?

- Staatliche Organe
- private Träger staatlicher Aufgaben
  - EVU ?

32

Art. 35 Abs. 2 BV

Wer nimmt eine staatliche Aufgabe wahr?

- Gemeinwesen
  - Bund, Kantone, Gemeinden
- dezentrale und verselbständigte staatliche Verwaltung
  - (andere) öffentlichrechtliche Körperschaften
  - öffentlichrechtliche Anstalten
  - öffentlichrechtliche Stiftungen
- in Privatrechtsform organisierte Staatsverwaltung; „öffentliche“ Unternehmen wie
  - Aktiengesellschaften
  - Genossenschaften

Kriterium: bestimmender Einfluss des Staates im Unternehmen

33

Art. 35 Abs. 2 BV

Wer nimmt eine staatliche Aufgabe wahr?

- mit staatlichen Aufgaben betraute Private
  - Delegation staatlicher Aufgaben an Private (Pflicht zur Erfüllung)
  - nicht: freiwillige Übernahme von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, durch Private

34

Art. 35 Abs. 2 BV

Welche Handlungsformen der Träger einer staatlichen Aufgabe ziehen eine Grundrechtsbindung nach sich?

- hoheitliches Handeln
  - des Staates durch Verfügung
  - des Privaten durch Verfügung (z.B. ESTI)
- privatrechtliches Handeln
  - öffentliche Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Handlungs-formen
    - Netzanschlussvertrag
    - Netznutzungsvertrag
    - Grundversorgung
- marktwirtschaftliches Handeln?
  - Postentscheid

35

Art. 35 Abs. 2 BV

Wann liegt eine staatliche Aufgabe vor?

- Was staatliche Aufgaben sind, bestimmt sich nach Verfassung und Gesetz
  - Netzgebietszuteilung mit Grundversorgungspflicht (StromVG; kantonales Recht)
  - Versorgungspflicht in kantonalen oder kommunalen Erlassen, in Konzessionsverträgen

36

Grundrechte – Fall

Der Verein gegen Tierfabriken wollte bei der Post zwei seiner Publikationen als unadressierte Massensendung zur Versendung an alle Haushaltungen übergeben. Die Post lehnte den Versand dieser Publikationen ab.

Ist die Post an die Grundrechte (Medien- bzw. Pressefreiheit) gebunden und dadurch zur Beförderung der Publikationen verpflichtet?

37

Grundrechte – Fall

Lösung

- BGE 129 III 35
- Beförderung unadressierter Massensendungen gehört nicht zur von der Post zu erbringenden Grundversorgung (Universal-dienst).
- Gehört zu Dienstleistungen, die Post erbringen kann, grund-sätzlich aber nicht erbringen muss (Wettbewerbsdienste).
- Bei der Erfüllung von staatlichen Aufgaben besteht Grundrechts-bindung.
- Bei den Wettbewerbsdiensten handelt es sich nicht um „staatliche Aufgaben“.

38

Grundrechte – Fall

Lösung

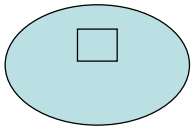
- Diese Dienstleistungen können auch von jedem anderen Privaten erbracht werden.
- Grundrechtsbindung nur bei den Universaldiensten (Grundversorgung).
- Keine Verletzung der Pressefreiheit

- Starke Kritik am Entscheid
  - Bund = Eigentümer (Bindung an Art. 35 Abs. 1 BV)

39

Unternehmensformen

EVU

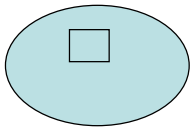


- **als Verwaltungseinheit eingebunden**
- unselbständige öffentlichrechtliche Anstalt
- Grundrechtsbindung (Art. 35 Abs. 1 und 2 BV)
- Bindung an Grundsätze des rechts-staatlichen Handelns (Art. 5 BV)
  - Legalitätsprinzip
  - Handeln im öffentlichen Interesse
  - Verhältnismässigkeitsprinzip
  - Rechtsgleichheit; Treu und Glauben

40

Unternehmensformen

EVU

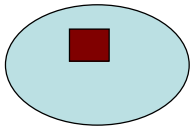


- Rechtsbeziehungen Kunden: (eher) öffentlichrechtlich
  - Verträge ?
  - Verfügungen ?
- Aufsicht (Verwaltung, Exekutive, Parlament)
- Demokratie: Organisation, Auftrag, Investition, Tarif
- Netznutzungsentgelt ?
- Stromtarif ?
- Strompreis ?
- Konzessionsgebühr ?

41

Unternehmensformen

EVU

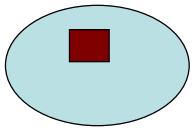


- **Selbständige öffentlichrechtliche Anstalt**
- Grundrechtsbindung (Art. 35 Abs. 2 BV)
- Rechtsbeziehungen Kunden: öffentlichrechtlich oder privatrechtlich
- Aufsicht (Exekutive oder Parlament)

42

Unternehmensformen

EVU

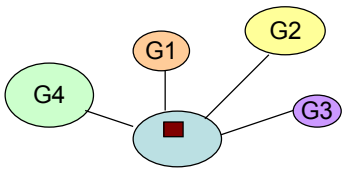


- Demokratie (grundlegende Organisation, Auftrag, Zweck)
- Netznutzungsentgelt ?
- Stromtarif ?
- Konzessionsgebühr ?

43

Unternehmensformen

EVU

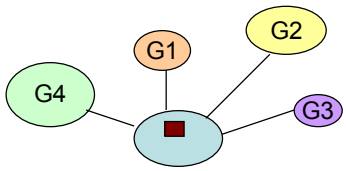


- **öffentlichrechtlicher Zweck-verband** (Gemeindeverband)
- Grundrechtsbindung (Art. 35 Abs. 1 und 2 BV)
- Bindung an Grundsätze des rechts-staatliches Handelns (Art. 5 BV)
  - Legalitätsprinzip
  - Handeln im öffentlichen Interesse
  - Verhältnismässigkeitsprinzip
  - Rechtsgleichheit; Treu und Glauben

44

Unternehmensformen

EVU

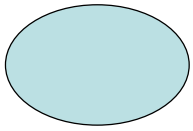


- Rechtsbeziehungen Kunden: (eher) öffentlichrechtlich
- Aufsicht: Exekutive / Parlament
- Demokratie: Organisation, Auftrag, Investition, Tarif
- Netznutzungsentgelt ?
- Stromtarif ?
- Konzessionsgebühr ?

45

Unternehmensformen

EVU



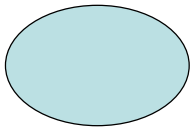
AG

- **Privatrechtliche AG**
- Grundrechtsbindung
  - mit öffentlichrechtlichem Auftrag (Art. 35 Abs. 2 BV)
  - ohne öffentlichrechtlichen Auftrag (Art. 35 Abs. 3 BV)
    - Machtgefälle
    - nur über grundrechtskonforme Auslegung von Normen
    - aber: bei Netzgebietszuweisung immer öff-rechtl. Auftrag
  - Gemeinwesen dominiert AG (Art. 35 Abs. 2 BV)

46

Unternehmensformen

EVU



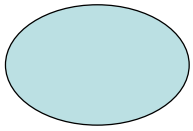
AG

- Rechtsbeziehungen Kunden: privatrechtlich
- Aufsicht: keine
- VR
  - weisungsgebunden?
  - Vertretung öffentlicher Interessen?

47

Unternehmensformen

EVU



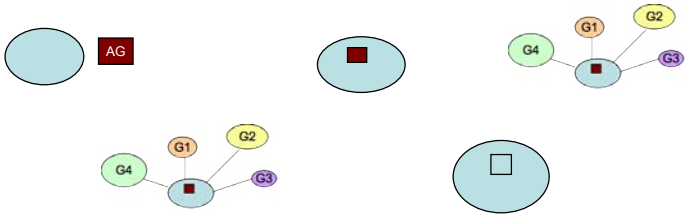
AG

- Demokratie: Im Zeitpunkt der Gründung / Auslagerung, Auftrag
- Netznutzungsentgelt ?
- Stromtarif ?
- Konzessionsgebühr ?

48

Netzverträge: öffentlichrechtlich oder privatrechtlich ?

- Kriterien für Unterscheidung
  - **Organisationsform**
  - Verfügungskompetenz
  - Regelungsdichte (im Leistungsauftrag)
  - Rechtswahl
  - Mass der Gestaltungsfreiheit bei Anstalten (BGer)
  - Analyse im Einzelfall nötig
  - Tendenz: Privatrechtliche Verträge



49

Netzanschlussvertrag

- Privatrechtlich oder öffentlichrechtlich
- Vertragsfreiheit öffentlichrechtlich eingeschränkt durch
  - Kontrahierungszwang (Art. 5 StromVG)
  - Verpflichtung auf Rechtsgleichheit (Art. 3 StromVV, Art. 8 BV)
  - Kosten
    - Anschluss?
    - Netzeinkauf?
  - Streiterledigung (Art. 22 StromVG)
- Fazit: Kaum Vertragsfreiheit

50

Netznutzungsvertrag

- Privatrechtlich oder öffentlichrechtlich
- Vertragsfreiheit öffentlichrechtlich eingeschränkt durch
  - Kontrahierungszwang (Art. 13 StromVG)
  - Ausnahme
    - Sicherheitsaspekte
    - Kapazitätsprobleme?
    - Sonderfall Grenzkapazitäten
  - Verpflichtung auf Rechtsgleichheit (Art. 3 StromVG, Art. 8 BV)
  - Entgelt (reguliert; Art. 14 ff. StromVG)
  - EleG
- Fazit: praktisch keine Vertragsfreiheit

Allgemeiner Teil: Vertragsbestimmungen der Musterverträge VSE

Grundsätze

- Separater Foliensatz

53

Vertragsgrundlagen

- Separater Foliensatz

54

AGB

- Begriff
  - einseitig vorformulierte Vertragsbedingungen
  - für eine Vielzahl von Verträgen
  - nicht individuell ausgehandelt
- Vorteil
  - Rationalisierung Wirtschaftsleben im Massenverkehr
  - Zeitgewinn
  - Vereinheitlichung

Kaufgegenstandes durch Vorlage der Rechnung oder auf andere geeignete Weise nachweisen.

II. Leistungs- und Reparaturbedingungen

1. Kosten für nicht durchgeführte Aufträge

Da Fehlersuchzeit Arbeitszeit ist, wird der entstandene und zu belegende Aufwand dem Kunden in Rechnung gestellt, wenn ein Auftrag nicht durchgeführt werden kann, weil:

1.1 der beanstandete Fehler unter Beachtung der Regeln der Technik nicht festgestellt werden konnte;

mindestens 5 %) im Verzug ist. Bei Zugriffen von Dritten, insbesondere bei Pfändung der Vorbehaltsware oder bei Ausübung des Unternehmerpfandrechts einer Werkstatt hat der Kunde dem Unternehmer sofort schriftliche Mitteilung zu machen und den Dritten unverzüglich auf den Eigentumsvorbehalt hinzuweisen. Der Kunde trägt alle Kosten, die zur Aufhebung des Zugriffs und zu einer Wiederbeschaffung der Vorbehaltsware aufgewendet werden müssen, soweit diese Kosten nicht von Dritten eingezogen werden können. Der Kunde hat die Pflicht, die Vorbehaltsware während der Dauer des Eigentumsvorbehalts in ordnungsgemäßem Zustand zu halten und alle vorgesehenen Wartungsarbeiten und erforderlichen Instandsetzungen unverzüglich

AGB

- Problem
  - Oft wird einseitige Verteilung von Rechten und Pflichten vermutet
  - Komplex und unübersichtlich
  - AGB-Abgleich in ganzen Wirtschaftszweigen (Kartellrecht!)
  - Unerfahrenheit einer Partei

AGB

- Verbindlichkeit

- Keine Rechtsnormen!
- AGB werden Vertragsinhalt durch entsprechende Willensübereinstimmung der Parteien (Übernahme in Vertrag)
- Ausdrückliche oder still-schweigende Übernahme
- Differenzierung
  - In öffentlichrechtlichen Verhältnissen sind Reglemente (AGB) auch ohne Übernahme verbindlich

57

AGB

- Verbindlichkeit

- Hinweis auf die AGB *bei* Vertragsabschluss
- Möglichkeit der Kenntnisnahme
  - deutlich sichtbarer Aushang der AGB am Ort des Vertragsschlusses reicht, wenn ausdrücklicher Hinweis nur unter ausserordentlichen Schwierigkeiten möglich ist
- Hinweis *nach* Vertragsschluss reicht nicht

58

AGB

- Verbindlichkeit

- Ungewöhnlichkeitsregel:
  - ungewöhnliche Bestimmung (geschäftsfremd; oder weicht von „üblicher“ Ordnung ab)
  - mit der zustimmende Partei nicht gerechnet hat und vernünftiger-weise nicht rechnen musste (Vertrauensgrundsatz)
  - ist bei Globalübernahme (Partei hat zugestimmt, hat aber nicht tatsächlich vom Inhalt der AGB Kenntnis genommen)
  - unverbindlich

59

AGB

- Verbindlichkeit
  - Verschärft: wenn global übernehmende Partei schwach oder unerfahren ist (z.B. branchenunkundig)
- Deshalb:
  - Wichtige und wichtige ungewöhnliche Klauseln hervorheben
- Konkurrenzen
- Abweichende individuelle Abreden haben Vorrang

60

AGB

- Auslegung
- AGB sind nach denselben Regeln auszulegen wie individuelle Abreden
  - Rekonstruktion subjektiver Parteiwille (Indizien)
  - Wenn nicht möglich: objektivierte Auslegung (was vernünftig und redlich handelnde Parteien nach Treu und Glauben unter gegebenen Umständen gemacht hätten)

61

AGB

- Auslegung
- Speziell: Unklarheitenregel
  - Auslegung einer Bestimmung führt zu keinem klaren Ergebnis
  - Bestimmung ist in dem für den Kunden günstigsten Sinn auszulegen
  - Unklarheiten gehen zu Lasten des Verfassers der AGB

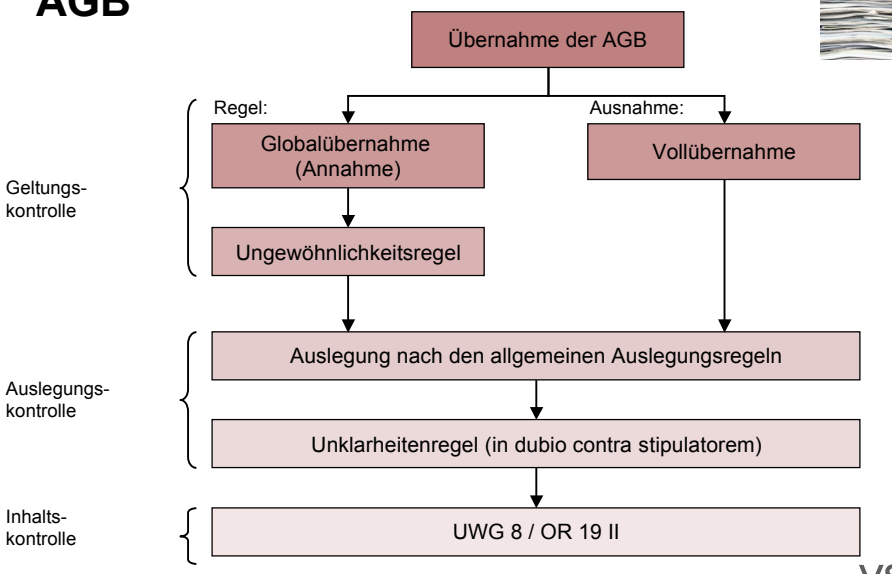
62

AGB

- Inhaltskontrolle ?
  - Verdeckt über Auslegung
  - Offen ?
    - Nein
    - Ausnahme
      - Verwendung missbräuchlicher Geschäftsbedingungen (Art. 8 UWG)
        - Erhebliche Abweichung gesetzlicher Ordnung
        - Asymetrische Verteilung von Rechten und Pflichten
        - Der Vertragsnatur zu-widerlaufende Regelung
        - Irreführend zum Nachteil einer Vertragspartei
      - Kontrollkriterium öffentliche Ordnung (Art. 19 Abs. 2 OR)

63

AGB



64

AGB – Fall 1

Das EVU Arosa plante den Bau eines Werkgebäudes. Es schloss mit dem Unternehmer Y zwei Werkverträge über den Bau. Der Architekt Z wurde mit der Bauleitung beauftragt. Die von allen Seiten unterzeichneten Werkverträge verwiesen auf „Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten des SIA, Norm 118, die in allen Teilen als bekannt vorausgesetzt werden und denen sich beide Parteien, Bauherr und Unternehmer, ausdrücklich unterwerfen“. Art. 154 und 155 der SIA-Norm 118 enthalten eine Befugnis der Bauleitung (Z) zur Vertretung des Bauherrn (X. AG) gegenüber dem Unternehmer (Y). Gestützt auf diese Bevollmächtigung visierte und unterzeichnete der Architekt Z die Schlussabrechnung von Y. Das EVU war nicht bereit, die Rechnungen zu bezahlen, da diese in vielen Punkten nicht mit den Werkverträgen übereinstimmten.

Gültigkeit der Art. 154 und 155 der SIA-Norm 118?

65

AGB – Fall 1

Lösung

- BGE 109 II 452
- Ungewöhnlichkeitsregel?
- Grs. Geltung der AGB, auf die im unterzeichneten Vertragstext verwiesen wird, auch wenn die AGB nicht gelesen werden (Globalübernahme).
- Nur schwache od. unerfahrene Partei kann sich auf Ungewöhnlichkeitsregel berufen.
- Ungewöhnlichkeit ist individuell zu beurteilen: für einen Branchenfremden können auch branchenübliche Klauseln ungewöhnlich sein.

66

AGB – Fall 1

Lösung

- Objektiv betrachtet muss die betreffende Klausel einen geschäftsfremden Inhalt aufweisen (wesentliche Änderung des Vertragscharakters od. sie fällt in erheblichem Masse aus dem gesetzlichen Rahmen des Vertragstypus).
- Umfassende Vollmacht in Bezug auf finanzielle Verpflichtungen sind bei einem Werkvertrag geschäftsfremd.
- EVU ist Bauherr ohne Erfahrung bei der Erstellung grosser Werkgebäude.

67

AGB – Fall 1

Lösung

- Bestimmungen sind ungewöhnlich.
- EVU Arosa musste nicht mit diesen Bestimmungen rechnen.

68

AGB – Fall 2

EVU Zermatt vereinbart mit den Zermatter Bergbahnen Vollversorgung mit elektrischer Energie; bezüglich des Wirkfaktors cos φ wird auf die AGB (publiziert auf der Homepage des EVU Zermatt) verwiesen; dort findet sich in Ziff. 12.3 die Formulierung «Der cos φ beträgt 0.98». Die gleiche Vereinbarung wird zwei Wochen später auch mit Dominik Aufdenblatten getroffen, der die Eröffnung eines grossen Waschsalons plant.

Mit der Blindenergieabrechnung sind beide Kunden nicht einverstanden. Zu Recht ?

69

Tarife, Preise, Steuern

- Separater Foliensatz

70

Datenaustausch (Datenschutz)

- Separater Foliensatz

71

Messwesen

- Separater Foliensatz

72

Unterbruch Netzbetrieb oder Lieferung

- Separater Foliensatz

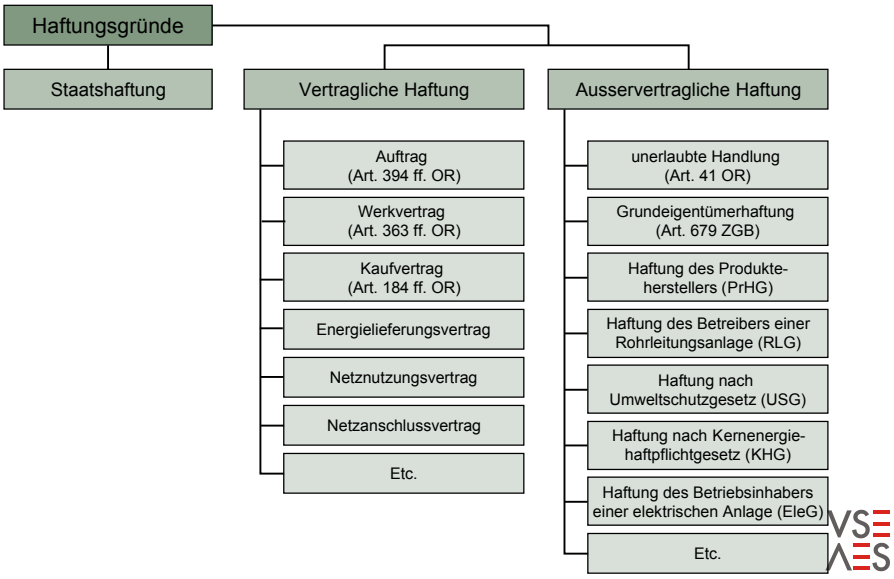
73

Übertragung des Vertrages

- Separater Foliensatz

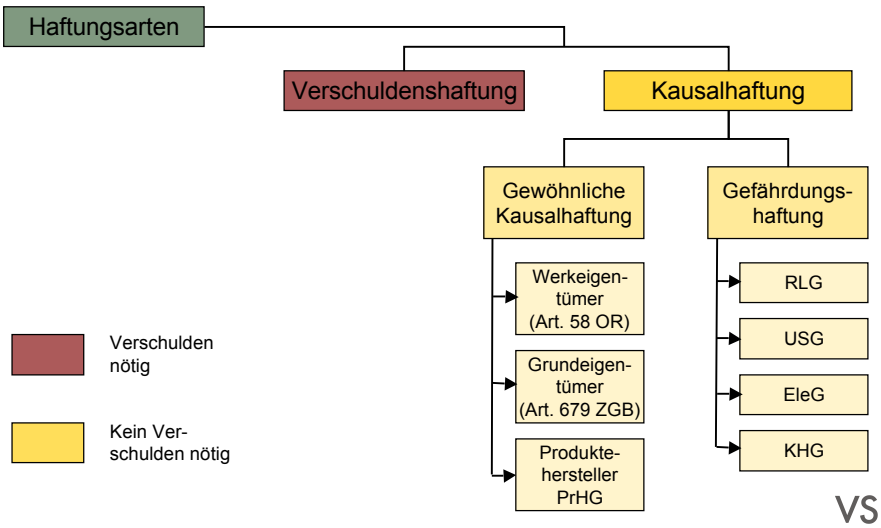
74

Haftung



75

Haftung



76

Voraussetzung für Haftung

Verschuldenshaftung

- Schaden
- Widerrechtlichkeit oder Vertragsverletzung
- Kausalität (adäquater Kausalzusammenhang)
- *Verschulden*

77

Voraussetzung für Haftung

Gewöhnliche Kausalhaftung

- Schaden
- Widerrechtlichkeit oder Vertragsverletzung
- Kausalität
- Spezielle Voraussetzungen gemäss entsprechender Anspruchsgrundlage
- *Nicht: Verschulden*
- Allenfalls Haftungsbefreiung durch Beweis der Anwendung der gebotenen Sorgfalt

78

Voraussetzung für Haftung

Gefährdungshaftung

Definition:

- Knüpft an bestimmte Vorrichtungen an (v.a. Betriebe), von denen besondere Gefahr ausgeht
- Gefährdung ist erlaubt
- Als Ausgleich erhöhter Schutz der Opfer
- Keine allgemeine gesetzliche Regelung
- Haftungstatbestände ausschliesslich in Spezialgesetzen, die auch die Voraussetzungen regeln

79

Haftung aus NAV, NNV / ELV

- Ziff. 11 NNV VSE

Die Haftung richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Elektrizitätsgesetzes sowie den übrigen zwingenden haftpflichtrechtlichen Bestimmungen. **Jede weitergehende Haftung ist ausgeschlossen**. Insbesondere haben der Netzbetreiber und der Endverbraucher gegenseitig keinen Anspruch auf Ersatz von mittelbarem oder unmittelbarem Schaden, der ihnen aus Spannungs- und Frequenzschwankungen, störenden Netzrückwirkungen sowie aus Unterbrechungen oder Einschränkungen des Netzbetriebs oder der Stromabgabe erwächst, sofern nicht **grobfahrlässiges oder absichtlich fehlerhaftes Verhalten** der einen oder anderen Partei als Ursache vorliegt.

80

Haftung aus NAV, NNV / ELV

- Ziel
- Haftungsausschluss auf gesetzliches Mindestmass
- Aber: modifizierte Haftungsregelung zulässig
  - z. B. leichte Fahrlässigkeit mit Begrenzung
  - Einpreisung Versicherung in NNE
    zulässig ?

81

Haftung aus EleG (im besonderen)

- Anwendungsbereich
- Betrieb Schwach- oder Starkstromanlagen
- Nicht: Elektrische Anlage, aber Schaden nicht auf Einwirkung von Strom zurückzuführen
- Hausinstallationen ?
  - Nein (Art. 41 EleG)

82

Haftung aus EleG (im besonderen)

- Wer haftet ?
  - Betriebsinhaber
    - Eigentümer
    - Pächter
    - „usw“ (Art. 20 EleG)
  - Solidarhaftung bei mehreren Betriebsinhabern
- Verschulden notwendig ?
  - Nein
- Verjährung
  - 2 Jahre, vom Zeitpunkt Schaden an, absolut

83

Haftung aus EleG (im besonderen)

- Verschulden notwendig ?
  - Nein
- Verjährung
  - 2 Jahre, vom Zeitpunkt Schaden an, absolut

84

Haftung aus PrHG (im besonderen)

- Anwendungsbereich
- Wer haftet ?

- Schäden durch
  - Fehlerhafte Geräte
  - Fehlerhafte Elektrizität
- Herstellerin
  - VNB ?
  - Kraftwerkbetreiber ?

85

Haftung aus PrHG (im besonderen)

- Haftungsvoraussetzungen

- „Produkt“
  - Bewegliche Sachen
  - Elektrizität
- Fehlerhaftigkeit des Produkts
  - Nicht ausreichend sicher
  - Qualität im Sinn von Spannungsschwankungen
- Personen- / Sachschaden
  - Bei Sachschaden „private“ Verwendung
  - Kausalzusammenhang
  - Ausnahme von Haftung u.a.
    - Fehler nach Stand Wissenschaft / Technik bei Inverkehrbringung nicht erkennbar (Art. 5 PrHG)

86

Haftung aus PrHG (im besonderen)

- Verschulden notwendig ?
  - Nein
- Fälle
  - Spannungsschwankungen ?
  - Stromausfall ?
    - Streitig, eher nein
    - Nichtlieferung (≠ fehlerhafte Lieferung), es wird kein Produkt geliefert
  - Schäden im Geschäftsbetrieb ?
  - Schäden für Betriebs-unterbrechungen

87

Haftung aus PrHG (im besonderen)

- Kann man diese Regelung wegbedingen ?
  - Nein
- Selbstbehalt des Geschädigten ?
  - Ja, bis CHF 900 (Art. 6 PrHG)
- **Fazit mit Blick auf Art. 10 NNV**
  - Haftungsbeschränkung wirkungslos bei Schäden, die auf Betrieb des Stromnetzes zurückzuführen sind (Spannungsschwankungen)

88

Haftung – Fall 1

Ein Fallschirm verfängt sich infolge eines starken Windstosses in einer Starkstromleitung. Der Schirm geht in Flammen auf, der Fallschirmpilot erleidet schwerste Verbrennungen, denen er im Krankenhaus erliegt.

Haftung des Betreibers der Starkstromanlage?

Haftung – Fall 1

Lösung

- Art. 27 *Abs.1* i.V.m. Art. 2 Abs. 2 EleG
- Gefährdungshaftung
- Starkstromleitung ist Teil einer Starkstromanlage.
- Starkstromanlage wird durch Inhaber betrieben (ist unter Strom).
- Private oder öffentliche Anlage (fällt beides unter Art. 27 EleG).
- Eine Person wurde getötet.
- Unfall
- Schaden
- Natürlich und adäquat kausal?

90

Haftung – Fall 1

Lösung

- Kein grobes Verschulden des Getöteten.
- Windstoss: höhere Gewalt?
- Höhere Gewalt liegt erst dann vor, wenn dieses zufällige Ereignis geeignet ist, den Kausalzusammenhang zwischen dem Schaden und dem Betrieb der elektrischen Anlage, zu unterbrechen.
- Im konkreten Fall hat das zufällige Ereignis (Windstoss) nur aufgrund des Vorhandenseins der Anlage zu einem Schaden geführt.

91

Haftung – Fall 1

Lösung

- Folglich keine Unterbrechung des Kausalzusammenhangs.
- Trotz des Windstosses ist das Vorhandensein der Starkstromleitung natürlich und adäquat kausal für den entstandenen Schaden.
- Der Betriebsinhaber haftet somit für den beim Fallschirmpiloten bzw. seinen Angehörigen entstandenen Schaden.

92

Haftung – Fall 2

Auf einer Baustelle bleibt der Maschinenarm eines fahrbaren Bohrgeräts an einer Starkstromleitung hängen, die der Fahrer aus Unaufmerksamkeit übersehen hat. Am Bohrgerät entsteht ein Sachschaden in Höhe von CHF 150‘000. Verletzt wird niemand.

Haftung des Betreibers der Starkstromanlage?

93

Haftung – Fall 2

Lösung

- Art. 27 *Abs. 2* i.V.m. Art. 2 Abs. 2 EleG
- Gefährdungshaftung
- Starkstromleitung ist Teil einer Starkstromanlage
- Starkstromanlage wird durch den Inhaber betrieben (ist unter Strom)
- Private oder öffentliche Anlage (wird beides erfasst von Art. 27 EleG)
- Unfall
- Sachschaden
- Natürlich und adäquat kausal?

94

Haftung – Fall 2

Lösung

- Versehen bzw. Verschulden Dritter?
- Drittverschulden setzt keinen Unterbruch des Kausalzusammenhangs voraus.
- Der Unfall hat sich infolge des Versehens bzw. Verschuldens des Fahrers (als Dritter) zugetragen.
- Bei genügender Aufmerksamkeit hätte Fahrer erkennen müssen, dass der Maschinenarm eingezogen werden muss.
- Verletzung einer Sorgfaltspflicht (Fahrlässigkeit).

95

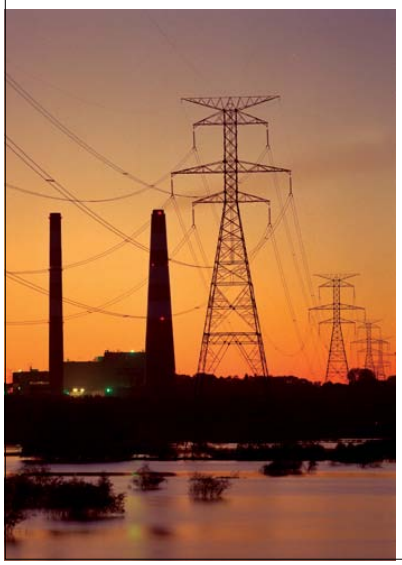
Haftung – Fall 2

Lösung

- Der Betriebsinhaber kann sich exkulpieren.
- Es besteht kein Schadenersatzanspruch des Eigentümers des Bohrgeräts gegenüber dem Inhaber der Starkstromleitung.

96

Haftung – Fall 3



Aufgrund einer Fehlschaltung im Elektrizitätswerk Y fällt während mehrerer Stunden der Strom aus. Der Stromunterbruch führt bei der am Stromnetz des Werkes Y angeschlossenenen Firma X. AG zu einem beträchtlichen Schaden an den herzustellenden Produkten und dadurch zu einer hohen finanziellen Einbusse.

Ist das Elektrizitätswerk schadenersatzpflichtig?

Haftung – Fall 3

Lösung

- BGer und h.L. qualifizieren den Elektrizitätslieferungsvertrag als Kaufvertrag.
- Grs. sind auf Elektrizitätslieferungsverträge die allgemeinen Regeln der Leistungsstörungen anwendbar.
- Stromunterbruch: objektive nachträgliche Leistungsunmöglichkeit.
- Fehlschaltung im Elektrizitätswerk als Ursache.
- Fehlschaltung ist vom Elektrizitätsversorgungsunternehmen zu verantworten.

98

Haftung – Fall 3

Lösung

- Verschulden des Werkes führt zu Schadenersatzpflicht aus Vertrag.
- Art. 97 ff. Obligationenrecht (OR)
- Voraussetzungen:
  - Schaden
  - Vertragsverletzung
  - Natürlicher und adäquater Kausalzusammenhang zwischen Leistungsunmöglichkeit und eingetretenem Schaden
  - Verschulden

99

Haftung – Fall 3

Lösung

- Schaden liegt vor.
- Vertrag wurde verletzt, da der Strom nicht wie vereinbart geliefert wurde.
- Schaden ist entstanden.
- Aufgrund des Stromunterbruchs kam es zu Produktionsschaden, d.h. Kausalzusammenhang ist gegeben.
- Verschulden liegt vor, da eine Fehlschaltung (aufgrund menschlichen Versagens) zum Stromunterbruch geführt hat.

100

Haftung – Fall 3

Lösung

- Haftung wegbedungen ?
- Liegt Absicht oder grobe Fahrlässigkeit vor ?

- Das Elektrizitätswerk Y ist der Firma X AG zur Leistung von Schadenersatz
  - verpflichtet
  - nicht verpflichtet

101

Gerichtsstand

- Gerichtsstand (1)

- Begriff
- Ziff. 14 NAV VSE lautet:
  - „Gerichtsstand ist am Sitz des Netzbetreibers“
- Zulässige Regelung?

102

Gerichtsstand

- Gerichtsstand (2)

- Grundsatz:
  - Vereinbarung über Gerichtsstand zulässig (Vorsicht wegen AGB)
  - Klage dann *nur* am vereinbarten Gerichtsstand zulässig
- Ausnahme:
  - Zwingende Gerichtsstände
  - v.a. bei Kosumentenverträgen (Art. 21 f. GesG) – kein Verzicht durch Konsument auf Gerichtsstand an seinem Wohnort im Voraus zulässig

103

Gerichtsstand

- Gerichtsstand (3)

- Definition Konsumentenvertrag
  - Leistung des üblichen Ver- oder Gebrauchs
  - für persönliche oder familiäre Bedürfnisse
  - Angebot im Rahmen der beruflichen / gewerblichen Tätigkeit
- Konsequenz:
  - Vereinbarung über Gerichtsstand am Sitz des Anbieters unzulässig
  - Keine Einlassung
  - Konsument muss an seinem Wohnsitz klagen können

104

Gerichtsstand

- Gerichtsstand (4)

- **Zudem (!)**:
  - Zuständigkeit der ElCom im Zuständigkeits-bereich von Art. 22 StromVG zwingend (Gerichtsstandsverein-barungen ungültig)

105

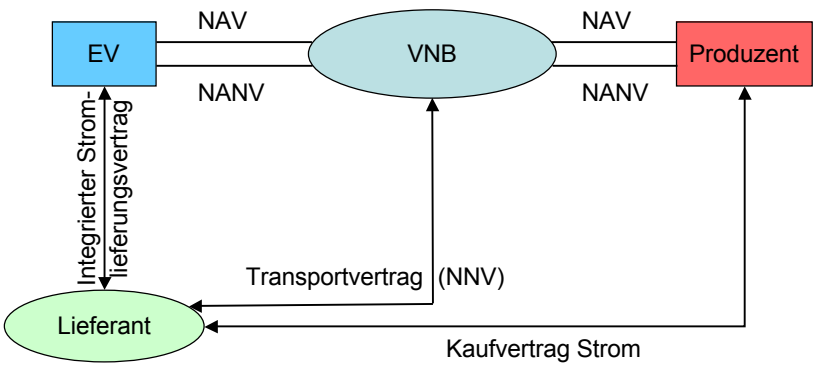
Netzverträge und Modelle

Vom Produzent zum EV

- Integriertes Modell
- Desintegriertes Modell
- Modell-VSE / teilweise StromVG

107

Integrierter Stromliefervertrag



108

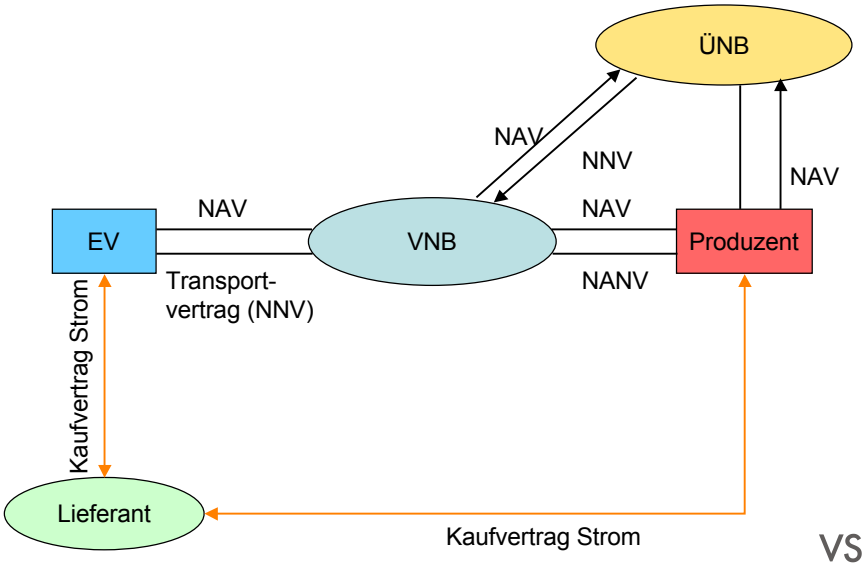
Integrierter Stromliefervertrag

- Elektrizität wird EV an Eingangsklemme vom Lieferanten zur Entnahme bereit gestellt (Übergabeort)
- Bringschuld
- Netznutzung durch Lieferant
- „all-inclusive“-Vertrag
- Grundversorgungsmodell
  - Verzicht auf Netzzugang (Art. 6 Abs. 1 StromVG)
  - Einheitlicher Elektrizitätstarif
    - Netznutzung
    - Energielieferung
    - Abgaben

Integrierter Stromliefervertrag

- Integriertes Modell gemäss StromVG fraglich
  - Art. 14 Abs. 2 StromVG (Schulden NNE = EV je Ausspeisepunkt)
  - Art. 9 StromVV (Schuldner NNE = EV)
- *Aber*: Art. 13 StromVG normiert diskriminierungsfreien Netzzugang für Dritte
  - Lieferant?
  - Grundversorgung (kein Netzzugang des EV < 100‘000 kWh) ?

Desintegrierter Stromliefervertrag



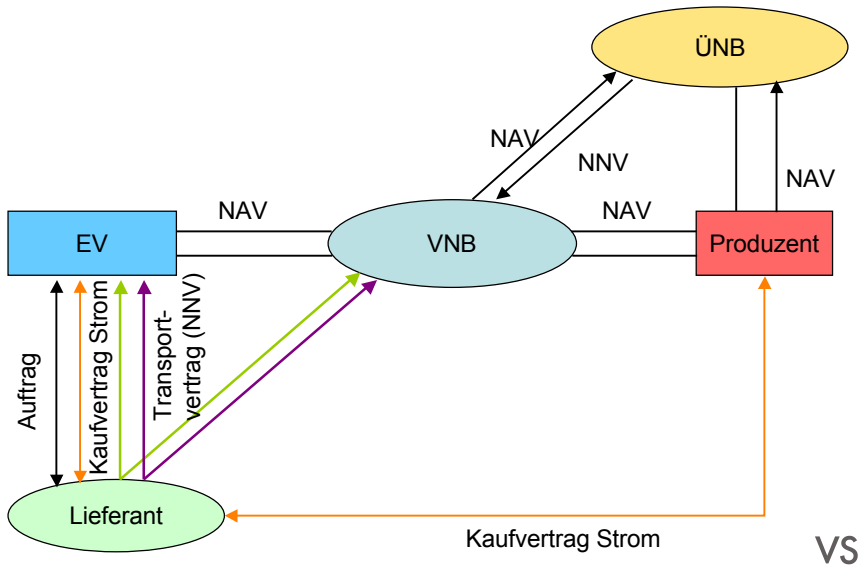
111

Desintegrierter Stromliefervertrag

- Elektrizität wird im Übertragungsnetz (Übergabeort) bereit gestellt
- Holschuld
- EV ist für Transport selbst verantwortlich
- Netznutzungsvertrag mit VNB durch EV (beinhaltend Nutzung aller Spannungsebenen bis Eingangsebene)

112

Modell StromVG / VSE



113

Modell StromVG / VSE

- Elektrizität wird im Übertragungsnetz (Übergabeort) bereit gestellt
- Holschuld
- EV ist für Transport im Grundsatz selbst verantwortlich
- Erstmaliger Abschluss eines NNV: Stellvertretung (Art. 32 OR); muss im Auftragsverhältnis zwischen EV und Lieferant vereinbart werden
- Lieferantenwechsel bei bestehendem NNV; Lieferant als Hilfsperson des EV (muss im Auftragsverhältnis hinterlegt sein)

114

Modell StromVG / VSE

- Schuldner Netznutzungsentgelt?
  - Immer EV am Ausspeisepunkt (Art. 14 Abs. 2 StromVG, Art. 9 StromVV)
- Rechnung an Lieferant?
  - aus Sicht EV heikel (Doppelzahlung)
- Haftung Hilfsperson
  - als wenn EV selbst gehandelt hätte
  - Achtung: Hilfspersonenhaftung kann im NNV eingeschränkt werden

Netzanschlussvertrag

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

Netzanschlussvertrag

- Fundstelle
  - MERKUR Access
    - MVBM - CH Ausgabe 2007
      1. Netzanschlussvertrag für Netzanschlussnehmer (NAV VSE)
- Vertragsgegenstand (1)
  - Anschluss elektrischer Anlagen an Verteilnetz und Aufrecht-erhaltung dieses Anschlusses
  - Anspruch auf NAV folgt aus Art. 5 Abs. 2 StromVG

117

Netzanschlussvertrag

- Vertragsgegenstand (2)
  - Kontrahierungszwang des VNB (im eigenen Netzgebiet)
    - Endverbraucher
    - alle innerhalb Bauzone
    - ganzjährig bewohnte Liegen-schaft ausserhalb Bauzone
  - Vorbehalt kantonales Recht (Art. 5 Abs. 3 StromVG)
    - für Anschlüsse ausserhalb Netzgebiet

118

Netzanschlussvertrag

- Vertragsgegenstand (3)
- Netzanschluss nicht „von Gesetzes wegen“, sondern durch Vertrag; im Verweigerungsfall: Klage auf Vertragsschluss bei ElCom
- Vorgaben im DC (z.B. Ziff. 3.3.1.1. VNE „legt fest“ [Netzanschlussstelle, bauliche Voraussetzungen; Netzebene 3, 5, 7 ohne 4, 6])

Netzanschlussvertrag

- Abgrenzung
- Regelt nicht:
  - Netznutzung
  - Stromlieferung
  - Werkvertrag zur Erstellung des Netzanschlusses (technische Realisierung)
    - Tipp: Differenzierung in Vertrag (Anhang) aufnehmen

Netzanschlussvertrag

- Ausnahmen von Kontrahierungspflicht (1)
  - Gefährdung Netzstabilität
  - Kapazitätsmangel ?
    - betrifft in der Regel vorgelagerte Netze - Problem *Netznutzung*, nicht Netzanschluss
    - Tatsächliche Verhältnisse massgebend, keine vertrag-lichen Reservierungen auf Vorrat

121

Netzanschlussvertrag

- Ausnahmen von Kontrahierungspflicht (2)
  - Pflicht zum Netzausbau ?
    - Ausschreibung Kapazität zulässig ?
    - Rechtsgleichheit !
    - Pflicht (Art. 5 Abs. 2 StromVG)
    - Grenze: wirtschaftliche Zumutbarkeit ?
  - Uneinigkeit über Höhe Netz-kostenbeitrag als Verwei-gerungsgrund ?
    - Wer entscheidet ?
      - Über Netzzugang ?
      - Über Kosten ?

122

Netzanschlussvertrag

- Ausnahmen von Kontrahierungspflicht (3)

- Wirtschaftliche Unzumutbarkeit
  - Keine Zahlungsbereitschaft
  - Zahlungsunfähigkeit
  - Netzanschluss wird gar nie benutzt (Vorhalt von Netz-kapazität ohne Gegenleistung)
  - Aber:
    - Verhältnismässigkeitprinzip
      - Mildere Massnahme (Vorauszahlung)
- Beweislast für Bestehen eines Verweigerungsgrundes liegt beim Netzbetreiber

123

Netzanschlussvertrag

- Vertragsinhalt (1)

- Ausgestaltung Vertrag nicht geregelt
- Grundsatz: keine Vereitelung Anschlusspflicht durch Vertragsgestaltung
- Allgemeine Kriterien
  - Sachlicher Grund für Regelung / Richtlinie
  - Rechtsgleichheit / Diskriminierungsverbot (auch Art. 3 Abs. 1 StromVV)
  - Treu und Glauben
  - Transparenz (Art. 3 Abs. 1 StromVV)

124

Netzanschlussvertrag

- Vertragsinhalt (2)

- Bindung an Grundsätze des rechtsstaatlichen Handelns (Art. 5 BV) ?
  - Öffentliches Interesse
  - Verhältnismässigkeit
- Bindung an Grundrechte (Art. 35 Abs. 2 BV)
- Welche VNB / EVU trifft das wie?
- Verhältnismässigkeit
  - Begriff?

125

Netzanschlussvertrag

Fallbeispiel:

X ist Eigentümer einer Parzelle in Stadtnähe, auf der er drei Gewerbebauten erstellen und separat vermieten will; er verlangt vom VNB für jede der drei Gewerbebauten einen eigenen Netzanschluss, der VNB ist nur bereit, einen Netzanschluss (Hauptanschluss) zu erstellen. Wer hat recht?

126

Netzanschlussvertrag

- Netzanschluss
- Regelung in Art. 5 StromVG nennt Endverbraucher
  - Bedeutung Begriff?
  - Relevant?
- StromVV präzisiert nicht
- DC massgebend?
  - „in der Regel“ pro Standort (z.B. Parzelle, Gebäudeeinheit etc.; Ziff. 3.3.1.5) - unklar

127

Netzanschlussvertrag

- Netzanschluss
- Entscheid
  - Einzelfallbetrachtung
  - Kosteneffizienz (VNB - Kunde)
  - Interessenlage der Vertrags-parteien (Abwägung)
  - wegen Kontrahierungspflicht als Last Tendenz Letztentscheidung VNB

128

Netzanschlussvertrag

- Vertragsgegenstand (3)
- Wahl Netzebene?
  - StromVG - Bundesrat (Art. 5 Abs. 5 StromVG)
  - StromVV - Netzbetreiber in Richtlinien (Art. 3 StromVV)
    - zulässig?
  - Richtlinie - Ziff. 3.3.1.2 DC
    - nur „Neuanschluss“ ?
    - minimale Gebrauchsdauer
    - zulässig?
  - Entscheid im Streitfall: ElCom (Art. 22 StromVG, Art. 3 Abs. 3 StromVV)

129

Netzanschlussvertrag

- Vertragsgegenstand (4)
- Netzebenenwechsel
  - Im Grundsatz zulässig
    - „Zuordnung“ (Erstanschlüsse)
    - „Wechsel“ (Bestandesanschlüsse)
  - Abgeltung Kosten (Art. 5 Abs. 5 StromVG)
    - *anteilsmässig* Kapitalkosten für nicht mehr / nur teilweise genutzte Anlagen
    - zeitlich befristet Anteil an Beeinträchtigung Netznutzungsentgelt

130

Netzanschlussvertrag

- Vertragspartner
  - Grundeigentümer (Baurechtsberechtigter)
  - Netzeigentümer / Netzbetreiber
  - Mieter?
- Fallbeispiel
  - X betreibt in der Liegenschaft der Y AG eine Bäckerei und qualifiziert sich durch die Produktion von trockenen Gipfeli und regelmässigen Kurz-schlüssen mit Rückwirkungen auf das Niederspannungsnetz. Vertragliche Grundlage für Ansprüche des VNB?

131

Netzanschlussvertrag

- Vertragspartner
  - Mieter?
    - Zulässig
    - Tipp: schriftliches Einverständnis des Grundeigentümers verlangen (Ersterstellung, Änderung)
- Rechtsnachfolge bei Eigen-tumsübergang Kundenanlage (Liegenschaft)
  - Automatisch?
  - Gesetzliche Subrogation fehlt (anders z.B. § 2 NAV BRD)
  - Übertragungspflicht in Ziff. 12 NAV VSE
  - Folgen?

132

Netzanschlussvertrag

- Fallbeispiel
- Pius Sorglos verkauft seine Liegenschaft an Hans Suter. Durch den Hauskauf finanziell geschwächt kommt H.S. seinen Zahlungspflichten nicht immer fristgerecht nach. Der VNB hebt den Netzanschluss gestützt auf Ziff. 7 Abs. 2 NAV VSE auf. Das Gefriergut taut auf, der Schaden ist gross (Filet). Wer zahlt?

133

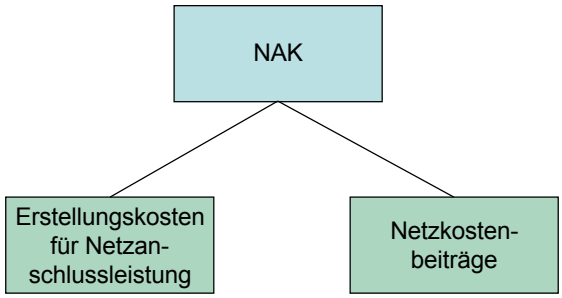
Netzanschlussvertrag

- Vertragsgrundlagen
- StromVG, EleG samt Anschlussgesetzgebung
- Technische Normen und Richtlinien (Distribution Code)
- Betriebsvereinbarung (DC, Ziff. 2.2.3) ?
- **Vertrag !**

134

Netzanschlussvertrag

- Netzanschlusskosten



Netzanschlussvertrag

- Erstellungskosten
  - Kosten für Herstellung der physischen Verbindung
  - Schuldner: in der Regel Grundeigentümer
  - Höhe
    - pauschalierte Beträge
      - Kriterien entwickeln
    - nach Aufwand
  - Verlegung Anschluss
    - Verursacherprinzip
  - in Branchenvertrag (NAV VSE) nicht detailliert geregelt (Anhang nötig)
  - Alternative: individuelle Offerte (als separater Zusatz zum NAV)
  - ausserhalb Baugebiet: kantonale Bestimmungen beachten

Netzanschlussvertrag

- Netzkostenbeiträge (1)
  - Schon vor StromVG üblich (Bemessung: bezugsberechtigte Leistung x Pauschalbetrag)
  - Heute zulässig?
    - Keine Regelung im StromVG
    - Immerhin: nicht doppelt (Art. 14 Abs. 3 lit. d StromVG, Art. 16 StromVV)
    - Kosten Mittelspannungsnetz / vorgelagerte Netzebenen über Netznutzungsentgelt

137

Netzanschlussvertrag

- Netzkostenbeiträge (2)
  - Pauschalierte Leistungs-freigrenze (z.B. Anschlüsse < 15 KW ohne NKB) ?
  - Ev.: nur für Netzbestandteile der örtlichen Versorgung; Gross-bezüger individuell
  - Branchenvertrag
    - Ziff. 3 NAV VSE
      - Beanspruchung Netzinfrastruktur
      - unabhängig von Ausbau (Einkauf)
    - Anhang zu 3 NAV VSE vorgesehen

138

Netzanschlussvertrag

- Netzkostenbeiträge (3)
- Streitigkeiten
  - Erstellungskosten?
  - Netzkostenbeiträge?

Netzanschlussvertrag

- Eigentumsgrenze / Art und Umfang Versorgung
- Ziff. 4 Branchenvertrag verweist auf DC und Empfehlung
- Tipp: Konkretisierung im Anhang
- Anlagenzugang
- Ziff. 3.3.2 DC: „Jederzeit“
  - Richtig?
  - Schutz der Privatsphäre (Art. 13 BV); Einschränkungen:
    - Gesetzliche Grundlage
    - öffentliches Interesse
    - Verhältnismässigkeit
- Tipp: Zugang vertraglich regeln (fehlt im NAV VSE); sachgerechte Lösung (nicht: „jederzeit“)

Netzanschlussvertrag

- Unterbrechungen

- Ziff. 7 Branchenvertrag NAV VSE
- Weit gefasst
- Vorsicht:
  - Kontrahierungspflicht (Art. 5 Abs. 2 StromVG)
  - Entscheid über Rechtmässigkeit bei ElCom / Zivilgericht / Verwaltungsgericht
  - Wenn rechtswidrig – Schaden-ersatz

141

Leitungen, Nebenanlagen und Contracting

- **Grundsatz**
  - Art. 15a EleG: Leitungen mit erforderlichen Nebenanlagen stehen im Eigentum der Unternehmen der Energiewirtschaft
  - Regelung durchbricht Akzessionsprinzip
  - Elektrizitätsnetz (NE 1 - 7 fallen unter 15a EleG)
  - Nicht unter Art. 15a EleG fallen
    - Leitungen, die nicht von der Definition in Art. 4 Abs. 1 lit. a StromVG erfasst werden
    - Netzanschlussanlagen ?
    - Arealnetze ?
    - Hausinstallationen ?

142

Leitungen, Nebenanlagen und Contracting

- Wenn Netzanlagen nicht zum Verteilnetz gehören gilt folgendes:
  - *Akzessionsprinzip* (Art. 667 Abs. 2 ZGB): das Eigentum an einem Grundstück umfasst unter Vorbehalt der gesetzlichen Schranken alle Bauten und Pflanzen.
  - Sofern die elektrische Anlage fest mit dem Boden verbunden ist, steht sie im Eigentum des Grundeigentümers.
  - Falls zwischen dem Contractor und dem Grundeigentümer kein vertragliches Verhältnis besteht, sind die Möglichkeiten des Contractors, seine Eigentumsansprüche geltend zu machen, sehr eingeschränkt.
    - Vermischung (Bauen auf fremdem Grund)
    - Bereicherung

143

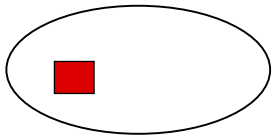
Leitungen, Nebenanlagen und Contracting

  - Möglichkeit zur Verhinderung des Eigentumsverlusts an den elektrischen Anlagen (obligatorisch):
    - Grundeigentümer anerkennt schriftlich, dass das Eigentum an den Anlagen dem Contractor zusteht und dieser berechtigt ist, die Anlagen entschädigungslos auszubauen.
    - Grundeigentümer verpflichtet sich, diese Rechte und Pflichten auf einen allfälligen Rechtsnachfolger zu überbinden.
    - Falls der Grundeigentümer jedoch in Konkurs fällt, besteht das Risiko des Eigentumsverlusts.

144

Leitungen, Nebenanlagen und Contracting

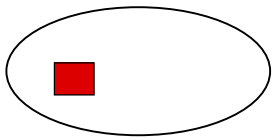
– Möglichkeit zur Verhinderung des Eigentumsverlusts an den elektrischen Anlagen (dinglich):
  - Abparzellierung der Grundstücksfläche, auf der sich die Anlage befindet, und Übertragung in das Eigentum des Contractors.
  - Eintragung eines Baurechts im Grundbuch für die elektrischen Anlagen. Ob ein Baurecht eingetragen werden kann, muss im Einzelfall geprüft werden, da die elektrischen Anlagen wohl nicht immer als Bauwerk im Sinn eines Baurechts qualifiziert werden können.



145

Leitungen, Nebenanlagen und Contracting

- Falls elektrische Anlage Zugehörcharakter haben kann (Sonnenkollektoren) ist wie folgt vorzugehen:
  – Vereinbarung Benutzungsrecht
  – Verselbständigung dieser Dienstbarkeit
  – elektrische Anlageteile zusätzlich als Zugehör im Grundbuch anmerken



146

Netznutzungsvertrag

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

Netznutzungsvertrag

- Fundstelle
- Vertragsgegenstand (Ziff. 1 NNV VSE / Ziff. 1 AGB NN VSE)
- MERKUR Access
  - MVBM - CH Ausgabe 2007

    2. Allgemeine Geschäftsbedingungen für die Nutzung des Verteilnetzes (AGB NN VSE)

    3. Netznutzungsvertrag für Endverbraucher mit endverbraucherspezifischer Regelung (NNV VSE)
- Ausgangspunkt ist Art. 13 StromVG (Netzzugang)
  - Endverbraucher ?
  - Dritte ?

148

Netznutzungsvertrag

- Vertragspartner

- Endverbraucher
  - EV < 100‘000 KWh:
    - kein Netzzugang ?
    - Netznutzung ?
    - Netznutzungsvertrag ?
    - Modell StromVG / VSE
  - Vertragsabschluss:
    - durch ausdrücklichen Vertrag bei spezifischer Regelung
    - durch Netzanschluss oder Inanspruchnahme des Netzes Anerkennung AGB (Ziff. 2 AGB NN VSE; Ziff. 2 NNV VSE)

149

Netznutzungsvertrag

- Vertragspartner

  - Problem: Endverbraucher (Mieter) kennt AGB gar nicht
    - Netznutzung ohne NNV
      - kein Ordnungsrahmen
      - Branchenstandard?
      - einheitlicher Muster-vertrag (öffentlich zugänglich)
  - Problem: Arealnetzbetreiber als Endverbraucher ?

150

Netznutzungsvertrag

- Vertragspartner

- Netzbetreiber
  - *ein* Vertragspartner
  - unabhängig von beanspruchten (vorgelagerten) Netzen
  - Netzbetreiber, aus dessen Netz die elektrische Energie entnommen wird (Ausspeiseprinzip)

151

Netznutzungsvertrag

- Dritte?

- Argumente
  - Art. 13 Abs. 1 StromVG plus Botschaft
  - Art. 14 Abs. 2 StromVG
  - Vertragspartner / Vertragsessentialia
  - Effizienzgründe für Lieferantenrahmenvertrag?

- Kontrahierungszwang (auf Gesuch hin = rechtlicher Anspruch)

152

Netznutzungsvertrag

- Vertragsgrundlagen
  - StromVG, EleG samt Anschlussgesetzgebung
  - „**jeweils**“ anwendbare Normen und Empfehlungen (Ziff. 2 Abs. 2 AGB NN VSE; Ziff. 2 Abs. 1 NN VSE)
    - problematisch, weil unklar welche
    - Vertragsinhalt nur, was vereinbart
  - Nachträgliche Änderung?

153

Netznutzungsvertrag

- Vertragsgrundlagen
  - Wechselgebühren? (vgl. Ziff. 2 Abs. 3 AGB NN VSE; Ziff. 2 Abs. 2 NNV VSE; Art. 12 Abs. 3 StromVG)
  - DC
    - Technische / organisatorische Regeln für Zugang zum Verteilnetz

154

Netznutzungsvertrag

- Netzzugangsweigerung

- Art. 13 Abs. 2 StromVG
  - Betriebsbedingte Sicherheitsaspekte (wie NAV)
  - Kapazitätsprobleme (wie NAV)
  - Aufzählung abschliessend

- Netzzugang
  - = Regel
  - Ausnahme vom VNB geltend zu machen und nachzuweisen

155

Netznutzungsvertrag

- Vertragstypus ?

- Physikalisch nimmt Netz
  - Energie auf
  - liefert zeitgleich dieselbe Strommenge an Dritte
- Vergütet wird
  - Aufnahme Elektrizität
  - Aufrechterhaltung Netzbetrieb
  - Abgabe von Elektrizität in gleicher Qualität und Menge
- Rechtlich ? Typenschmischung aus
  - Kauf-, Werk-, Mietvertrag, Auftrag
  - Einzelne Fragestellung sachverhaltsbezogen lösen

156

Netznutzungsvertrag

- Inhalt

- ≠ Anschluss an Netz
  = Zurverfügungstellung von Netzkapazität
  = „Transportpflicht“

- Anforderungen an Vertragsinhalt
  - Angemessene (verhältnismässige) Vertragsbedingungen
  - Rechtsgleichheit
    - sachliche Gründe für Differenzierung
    - keine Diskriminierung
  - Transparenz

157

Netznutzungsvertrag

- Anschluss an das Verteilnetz (Ziff. 3 AGB NN VSE)
- Nötig ?

- Bezugsberechtigte Leistung (Ziff. 3 NNV VSE)?
- Nötig ?

- Netzbeeinflussung (Ziff. 5 AGB NN VSE; Ziff. 4 NNV-VSE)
- Vertragspflicht
- Verletzung: Kündigungsgrund; Schadenersatz
- Korrespondiert mit Art. 13 Abs. 2 StromVG
- Nötig?

158

Netznutzungsvertrag

- Unterbrechnungen / Einschränkungen

- Höhere Gewalt
- Ausserordentliche Ereignisse
- Störungen oder Überlastungen im Netz
- Betriebsbedingte Unterbrechungen
- Als Druckmittel für Zahlungen?
  - Bindung an Art. 5 BV: Verhältnismässigkeit, Treu und Glauben beachten
  - Grundrechtsbindung nach Art. 35 Abs. 2 BV: Treu und Glauben

159

Netznutzungsvertrag

- Entgeltgestaltung (1)

- Transportfiktion über alle Netzebenen bis zum EV
  - Unabhängig von Entfernung (Art. 14 Abs. 3 lit. b StromVG)
  - Abhängig von Anzahl Netzebenen / Umspannungen
  - Beinhaltet
    - Kapitalkosten Netz
    - Betriebskosten Netz
      - Betriebsführung
      - SDL (Art. 4 Abs. 1 lit. g)
        - Regelenergie
        - Bilanzmanagement
        - Frequenzhaltung
        - Spannungshaltung
        - Schwarzstart

160

Netznutzungsvertrag

- Entgeltgestaltung
  - Ziff. 11 AGB NN VSE; Ziff. 8 NNV-VSE
  - Tarifblatt (Anhang oder publiziert)
  - reguliert, es gilt Art. 14 ff. StromVG
  - Änderungsvorbehalt, Mitteilungspflicht, Mahnung, Verzugszins
  - Rechnungsstellung an Energielieferant möglich - ohne Schuldnerwechsel (Art. 14 Abs. 2 StromVG, Art. 9 StromVV)

161

Netznutzungsvertrag

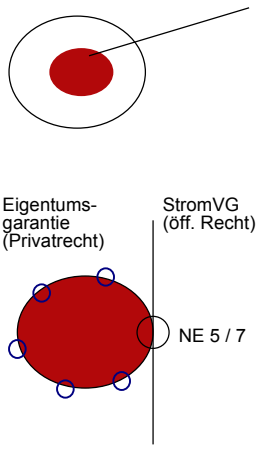
- Vertragsdauer / Kündigung
- Kontrahierungspflicht (Art. 13 StromVG)
  - Bestimmung von untergeordneter Bedeutung
    - Wegen Kontrahierungspflicht muss Netzbetreiber mit Kündigung neuen Vertrag anbieten
  - Inkrafttreten: Vertragsschluss
  - Ordentliche Kündigungsfrist ?
    - Nötig für Vertragsanpassungen
  - Ausserordentliche Kündigungsfrist
    - Nötig wegen grober Verletzung wesentlicher Vertragspflichten

162

Vertragsverhältnisse in Arealnetzen

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

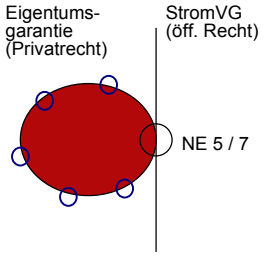
Ausgangslage und Problemstellung



- Areal mit
  - hoher Versorgungsdichte
  - hohem Energiebedarf
- wirtschaftlich interessant
  - überdurchschnittliche (und günstige) Struktur
  - Anschluss an Mittelspannungsebene (Briefmarke NE 7 entfällt)
  - weniger Regulierungsdichte ?
  - Verdienstmöglichkeit des ANB via Netznutzung und Stromverkauf
- Wettbewerb im Netz
  - Standortmarketing eines ANB mit niedrigen Tarifen / Preisen
  - Grundsatz der rechtsgleichen (diskriminierungsfreien) Tarifierung in Gefahr

164

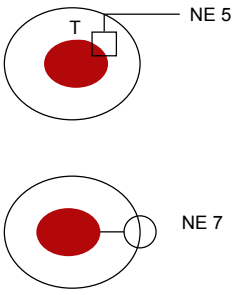
Ausgangslage und Problemstellung



- legislatorisch – verfassungsrechtlich
  - Regulierung eines Stadtnetzmonopols (Inanspruchnahme öffentlichen Grundes) begründbar
  - Regulierung eines EN auf privatem Grund (Betriebsgelände, Wohnsiedlung) schwieriger begründbar
- Tendenz
  - Industrieareale werden KMU-Zentren, teils durchmischt mit Wohnungsbau
  - Betrieb Arealnetz wird Hauptgeschäft

165

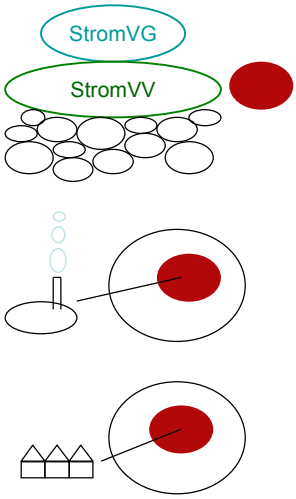
Ausgangslage und Problemstellung



- Entsolidarisierung von Netzebene 7
  - Durchschnittskosten VN steigen
  - Kostengünstige Netzinfrastruktur als Allgemeininteresse ?
  - Neubauten unter Umgehung NE 7
- Konfliktpotential mit vom NR / SR abgelehnten Konstrukt „Bündelkunden“

166

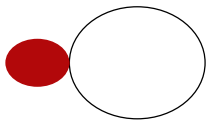
Fragen



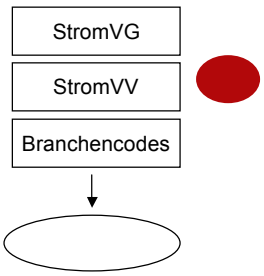
- Anwendbarkeit des StromVG für Arealnetze
  - vollständiger Ausschluss ?
    - Keine Anwendbarkeit
      - Versorgungssicherheit
        - » Grundversorgung
        - » Lieferpflicht und Stromtarifgestaltung
      - Netz
        - » Netzzugang
        - » Netznutzung
  - Wenn nein: minimale Regelung Art. 8 Abs. 4 StromVG ?
- Begrifflichkeit
  - Elektrizitätsleitungen
  - kleine räumliche Ausdehnung
  - Feinverteilung
  - Industrieareal (als Beispiel)
  - Gebäudeinstallation (als Beispiel)

167

Fragen



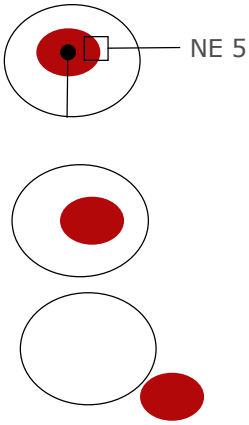
- Kann ANB ein VNB sein (Netzgebietszuteilung; Art. 5 Abs. 1 StromVG) ?



- Spielen Branchencodes (Vereinbarungen betroffener Organisationen der Wirtschaft) im Bereich Arealnetze eine Rolle (Art. 3 Abs. 2 StromVG) ?

168

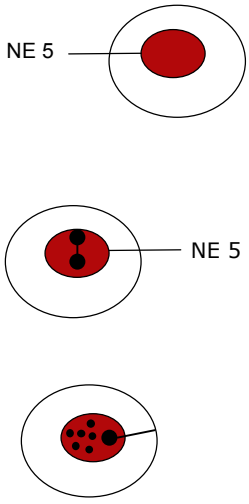
Fragen



- Darf ein VNB ANB verbieten, Endverbraucher im Arealnetz zu versorgen ?
- Ist es zulässig, dass VNB NE 7 bestimmt, ob ANB sein Arealnetz an NE 5 oder 7 anschliessen darf ?
- Wer ist grundversorgungspflichtig ?
- Wer darf die elektrische Energie einkaufen ?
- Wer hat Netzzugang ?

169

3 Fälle

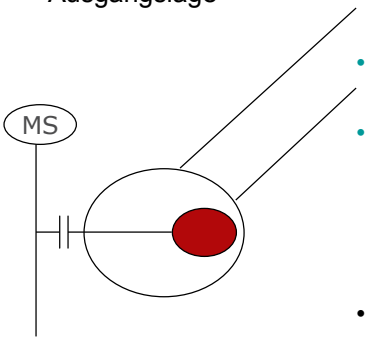


- Verweigerung eines Arealnetzanschlusses an NE 5
- Netzzugangsanspruch eines Endverbrauchers im Arealnetz
- ANB will EV in seinem Arealnetz selbst versorgen

170

Fall 1: Verweigerung Netzanschluss NE 5

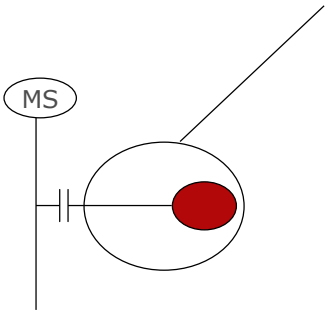
- Ausgangslage



- EVU - betreibt EN (Eigentum, Konzessionsvertrag)
- X. AG - Geschäftsfeld: Betrieb von Arealnetzen
- Arealnetz =
  - mehrere private Grundstücke
  - Wohn- und Gewerbezwecke
  - eigenes NS-Verteilnetz
- X. AG verlangt Anschluss an MS-Netz
- EVU verweigert Anschluss an NE 5

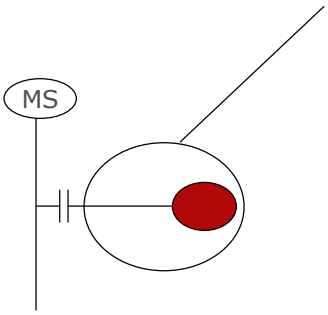
Fall 1: Verweigerung Netzanschluss NE 5

- Entscheid



- BGH heisst Beschwerde des ANB gut
- Begründung (BGH)
  - Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
  - Energierechtliche Argumente wirkungslos
    - Kein Anspruch auf „einheitliches“ Verteilnetz im Versorgungsgebiet
    - Keine Gefährdung der Versorgungs-sicherheit durch Neuerstellung Arealnetz
    - Keine Verschlechterung der Kosten-struktur durch „Rosinenpicken“ zu erwarten
    - Betrieb von Arealnetz kann ein Markt sein, Verteilnetzbetreiber und Arealnetzbetreiber sind Konkurrenten

Fall 1: Verweigerung Netzanschluss NE 5

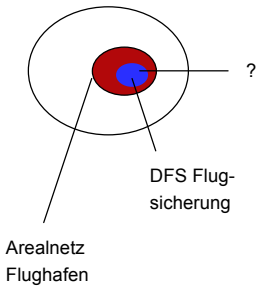


- Beeinträchtigung von Kunden- und Tarifstruktur ist hinzunehmen
- Versorgungssicherheit innerhalb Areal ist irrelevant
- Keine Pflicht zur „Mischkalkulation“ des Verteilnetzbetreibers, wenn er selbst Arealnetz betreibt

173

Fall 2: Citiworks AG – Netzzugang Endverbraucher im Arealnetz

- Ausgangslage

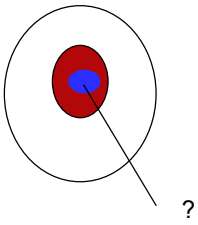


- Parteien
  - Flughafen Leipzig GmbH (FLH)
  - Citiworks (EVU) – beliefert deutsche Flugsicherung (DFS) mit Strom (80% des Arealverbrauches des FLH)
- Streit
  - hat DFS im Areal Anspruch auf Netzzugang
- Prüfungsmassstab
  - Art. 20 Abs. 1 Elektrizitätsbinnenmarkt RL EU vom 26.6.03
  - Frage: Darf man Arealnetz von der Verpflichtung, Dritter freien Netzzugang zu gewähren, ausnehmen?

174

Fall 2: Citiworks AG – Netzzugang Endverbraucher im Arealnetz

- Entscheid EuGH

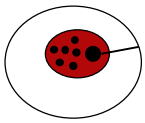


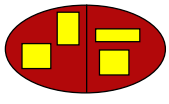
- Grundsatz: freier Zugang zu den Energieversorgungsnetzen – freie Wahl des Energielieferanten
- Netzzugang ist Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb (Bedeutung: gross!)
- Diskriminierung von Netznutzern / EV verpönt
- Ziel: Vollendung des Elektrizitäts-binnenmarkts
- Folge: Dritte haben Netzzugang egal in welchem Netz

175

Fall 3: X. AG gegen VNB Y. AG

- Ausgangslage

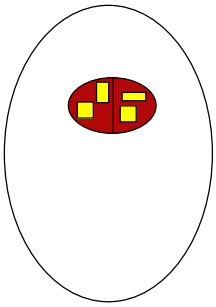




- X. AG (ANB) – Y. AG (VNB)
  - VNB bestreitet Recht des ANB, EV in AN mit elektrischer Energie zu versorgen
- Sachverhalt
  - 2 Parzellen, 1 Eigentümer
  - mehrere Gebäude
  - Typ: Gewerbezentrum
  - Mietverträge A / B / C / D (Flächen)

176

Fall 3: X. AG gegen VNB Y. AG

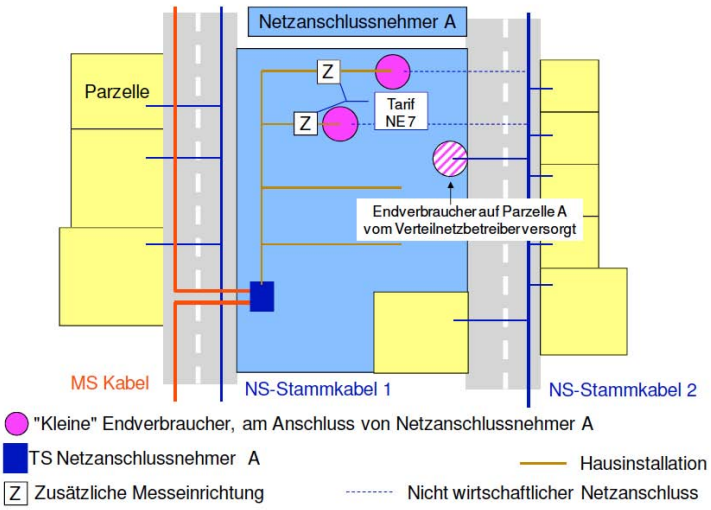


- Netzgebietzuteilung noch nicht erfolgt
- Versorgung bisher: durch VNB, keine Entschädigung AN-Kosten durch VNB oder EV im Areal, Anschluss NE 7 / Transformatoren teilweise in Eigentum / Betrieb ANB
- Versorgung neu: durch ANB an EV in Arealnetz
- Begründung: Effizienzgewinne / Wettbewerbsvorteil des ANB
- VNB verweigert Lieferung von Energie an ANB für EV im Arealnetz

• Wie ist nach schweizerischem Recht zu entscheiden ?

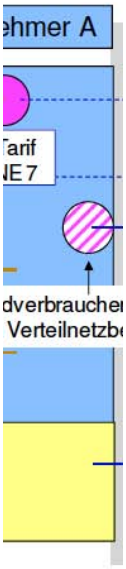
177

Fall 3: Sicht der Verteilnetzbetreiber



178

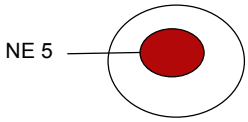
Fall 3: Sicht der Verteilnetzbetreiber



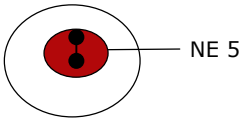
- VNB (NE 7) kann ANB gestatten (auf Anfrage hin), weitere EV (diskriminierungsfrei) über Arealnetz zu versorgen
- Voraussetzung
  - Versorgungsanteil < 20%
  - Versorgung durch VNB für diesen wirtschaftlich nicht sinnvoll
  - Übernahme Kontrollpflicht gem. Starkstrom-verordnung durch ANB
  - Abschluss einer (genehmigungspflichtigen) Vereinbarung mit Dritten
  - Endverbraucher im Arealnetz bezahlen gleiche Netznutzungspreise wie im Verteilnetz
  - Netznutzungsentgelt geht an VNB abzüglich Kosten des ANB für Mittelspannung, Transformation, Betrieb Arealnetz

179

Fall 3: Sicht der Verteilnetzbetreiber



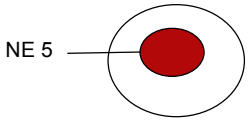
- Netzanschluss
  - freie Wahl der Netzebene
  - bei Wechsel der Netzebene transparente Offenlegung der Kompensationskosten



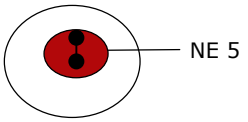
- Versorgung / Lieferung elektrischer Energie
  - Im Arealnetz kann ANB alle EV versorgen (diskriminierungsfrei; Bündelung)
  - keine Genehmigungsvorbehalte zugunsten VNB

180

Fall 3: Sicht der Verteilnetzbetreiber



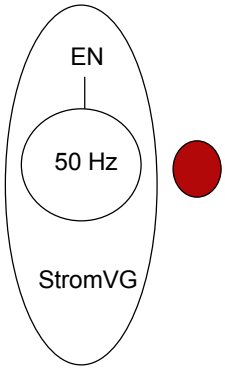
- Netznutzungstarif
  - Keine diskriminierenden Netznutzungstarife auf MS-Ebene
    - Tarif a für VNB
    - Tarif b für ANB



- Arealnetz
  - Eigenständige Netzgebiete (auf Antrag hin), wenn
    - Versorgungssicherheit nicht gefährdet
    - wettbewerbsfördernd

181

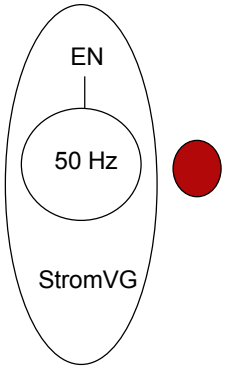
Fall 3: Regelung im StromVG



- Geltungsbereich StromVG
  - **Elektrizitätsnetze** (Art. 2 Abs. 1 StromVG)
  - Möglichkeit, durch Verordnung Geltungsbereich auf „andere Elektrizitätsnetze“ auszudehnen (Art. 2 Abs. 2 StromVG)
    - erfolgt ?
      - Übertragungsnetz 16.7 Hz / Spannungsebene 132 KV (SBB-Netz; Art. 1 StromVV)
      - Grenzüberschreitende Gleichstrom-leitungen Art. 1 Abs. 4 StromVV)
      - Arealnetze ?

182

Fall 3: Regelung im StromVG



– **Begriff Elektrizitätsnetz**
  - 50 Hz Wechselstrom (Art. 2 Abs. 1 StromVG)
  - Anlage aus Vielzahl von Leitungen und den erforderlichen Nebenanlagen zur Übertragung von Elektrizität (FL, Kabel, Transformatoren etc.)
  - Vielzahl?
    – nicht zwingend weit verzweigtes Netz
    – aber: Gesamtheit von Einrichtungen; System von Leitungen
    – ≠ einzelne Leitungen (Direkt- oder Stichleitung)

183

Fall 3: Regelung im StromVG

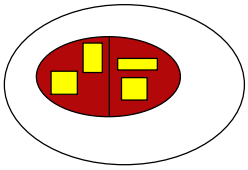
– **Nicht Elektrizitätsnetz** sind

  - Elektrizitätsleitungen mit kleiner räumlichen Ausdehnung zur Feinverteilung (Art. 4 Abs. 1 lit. a. Satz 2 StromVG)

  - 2 Beispiele im Gesetz
    – Leitungen Netze in Industriearealen
    – Leitungen Netze innerhalb von Gebäuden

184

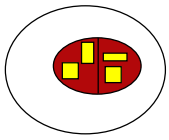
Fall 3:
Regelung im StromVG / Entscheid ElCom



- Auslegung Art. 4 Abs. 1 lit. a Satz 2 StromVG durch ElCom
  - tendenziell unkompliziert / grosszügig
  - 2 Parzellen, mehrere Gebäude
- Kriterien
  - Grösse ?
  - Räumlicher Aspekt
    - räumlich zusammengehörendes Gebiet
    - (Privatrechtliche) Eigentumsverhältnisse an Parzellen irrelevant
    - Querung öffentlicher Grundstücke ohne grosse Bedeutung

185

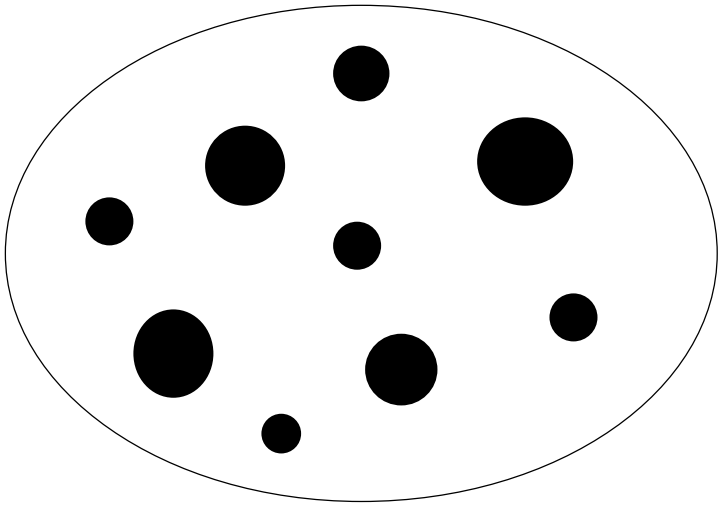
Fall 3:
Regelung im StromVG / Entscheid ElCom



  - Funktionaler Aspekt (aber mit räumlichem Bezug! Keine Filialen)
    - Betriebsgebiet
    - planmässig organisierte Einheit
    - gemeinsamer übergeordneter Geschäftszweck
    - Erzeugung von Sachgütern oder Erbringung von Dienstleistungen
    - Wohnen als „Betrieb“?
    - Historische Betrachtung
  - Fazit
    - Arealnetze im genannten Sinn sind keine Elektrizitätsnetze und unterstehen nicht StromVG
      (vgl. ElCom-Entscheid i.S. X. AG gegen Y. AG vom 9. Juli 2009, S. 15)

186

Gibt es schwarze Löcher im Verteilnetz ?



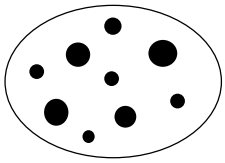
187

Regelung im StromVG / Entscheid ElCom

- Zuständigkeit ElCom ?
  - nicht nur Streitigkeiten um
    - Elektrizitätsnetze
    - Abgrenzung Arealnetze
  - auch Streitigkeiten um
    - Anschlusspflicht
    - Grundversorgungspflicht
    - Netzzugang
  - Beurteilung dieser Fragen unabhängig von Qualifikation EN/VN oder AN

188

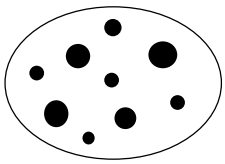
Gibt es schwarze Löcher im Verteilnetz ? Entscheid ElCom



- Netzgebietszuteilung mit oder ohne Arealnetz ?
  - Grundidee: lückenlos
  - Folge: Netzanschluss, Grundversorgung und Netzzugang auch für EV im Arealnetz
    - gegenüber ANB ?
    - gegenüber VNB ?

189

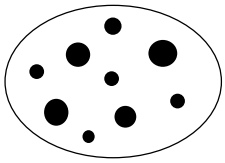
Gibt es schwarze Löcher im Verteilnetz ? Entscheid ElCom



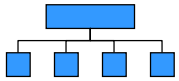
- Netzanschluss EV in AN
  - EV am VN ≠ AN
- Grundversorgungsanspruch X. AG (ANB)
  - im Umfang eigener Verbrauch
  - Ausnahme: Eintritt in freien Markt
- Grundversorgungsanspruch EV in AN
  - ja, gegenüber VN
  - Entscheid ElCom?
    - Grundversorgung = Pflicht, nicht Recht VNB
    - Grundversorgung durch ANB?
    - „bisher“? Status quo in Einkaufszentren / Flughafen massgebend?

190

Gibt es schwarze Löcher im Verteilnetz ? Entscheid ElCom



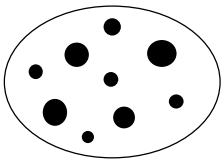
- Netzzugang ?
  - allgemeine Voraussetzungen
    - > 100 MWh/a
    - Jahresverbrauch / EV?
      - » Summe der bezogenen Energie pro Verbrauchsstätte
      - » Verbrauchsstätte = Betriebsstätte
      - » Anzahl Einspeisepunkte egal
      - » wirtschaftliche und örtliche Einheit
      - » „eigene juristische Strukturen“?
      - »



      - » Einkaufszentrum?
- Anspruch im Umfang Verbrauch Zugangspetent

191

Gibt es schwarze Löcher im Verteilnetz ? Entscheid ElCom



- Wenn ANB nicht einverstanden ?
- PGV (Enteignung) ?

192

Einzelfragen: Arealnetze als Verteilnetze ?

- Verteilnetz
  - EN < Höchstspannung zur Belieferung von Endverbraucher oder EVU (Art. 4 Abs. 1 lit. i StromVG)
- Arealnetzbetreiber als Verteilnetzbetreiber ?
  - Netzgebietszuteilung durch Kantone (Art. 5 Abs. 1 StromVG)
    - Einführungsgesetzgebung
    - Voraussetzung: diskriminierungsfrei
    - Praxis: Überführung status quo
    - Grösse der Netzbetriebe relevant?
    - Antrag auf Netzzuteilung, rechtliches Gehör, Verfügung, Anfechtbarkeit
    - Mit Netzgebietszuteilung auch Grundversorgungspflicht

193

Einzelfragen: Arealnetze als Verteilnetze ?

- Fazit
  - ANB als VNB theoretisch denkbar
  - Bindung an StromVG-Pflichten
  - Teilweise Erleichterung für Kleinnetzbetreiber (Art. 8 Abs. 4 StromVG)

Einzelfragen:
Entschädigung ANB durch VNB

- Arealnetzbetreiber hat Anspruch auf Entschädigung*
  - betrifft Netzzugang (Art. 11 Abs. 4)
  - Grundversorgung ?
    - ElCom-Regelung = Gleichbehandlung – Entschädigung geschuldet
    - von wem ?
    - Rechtsgleiche Behandlung EV hat zur Folge, dass Entschädigung vom GVpflichtigen VNB-Netzgebiet bezahlt werden muss
  - Festlegung: Aushandeln! Uneinigkeit ?
    - Antrag ElCom (Art. 22 Abs. 2 lit. a)
    - Entscheid unter Berücksichtigung Vertragsfreiheit !
    - Berechnung: Art. 14 StromVG
- VNB mit Grundversorgungspflicht kann Netzgebiet an Dritte, z.B. Arealnetzbetreiber delegieren, muss aber nicht**

* Art. 11 Abs. 4 letzter Satz StromVV, Entscheid ElCom, S. 16 ** Entscheid ElCom, S. 17)

Energieliefervertrag für feste Endverbraucher

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

Physische Gestaltung der Verträge und AGB

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere

Netzanschlussvertrag

- Neue Kunden

- Schriftlicher NAV (unterzeichnet)
- Schriftlicher Werkvertrag über Erstellung Netzanschluss (unterzeichnet)
- Jeweils mit Grundeigentümer
  - Wenn Mieter: Einverständnis Grundeigentümer einholen

198

Netzanschlussvertrag

- Neue Kunden

- Vertragsanlagen
  - Anhänge
  - AGB (beilegen oder deutlicher Hinweis auf Fundstelle [Homepage])
  - Technische Richtlinien (Hinweis auf Fundstelle [Homepage VSE])
  - Tipp: auf wichtige Bestimmungen oder Besonderheiten speziell hinweisen

199

Netzanschlussvertrag

- Bestehende Kunden

- Schriftlicher NAV (soweit noch vorhanden)
- AGB-Erstzustellung oder AGB-Änderung
  - Stillschweigender Akzept zulässig
  - Schriftliche Anzeige an Kunden, dass AGB geändert haben (z.B. mit Jahresschlussrechnung)
  - Formulierung, ohne Widerspruch = Akzept (Frist nennen!)
  - Beilage AGB zwingend ?
    - Nein, Kenntnisnahme muss nur in zumutbarer Form möglich sein (Homepage, Auflage, Zusendung auf Wunsch)

200

Netznutzungsvertrag (Massengeschäft)

- Neue Kunden

- Hinweis auf AGB Netznutzung (am besten im NAV, sofern Grundeigentümer und Netznutzer identisch)
- Hinweis auf AGB und AGB-Änderung zusammen mit Rechnung (Hinweis auf Ziff. X, wonach durch Stromentnahme NNV abgeschlossen wird)
- Tarifänderungen durch Hinweis in Rechnung
- Tipp: Auf personelle Änderungen in Anschlussnutzung achten

201

Netznutzungsvertrag (Massengeschäft)

- Bestehende Kunden

- Hinweis auf AGB und AGB-Änderung zusammen mit Rechnung (Hinweis auf Ziff. X, wonach durch Stromentnahme NNV abgeschlossen wird)
- Tarifänderungen durch Hinweis in Rechnung
- Tipp: Auf personelle Änderungen in Anschlussnutzung achten

202

Netznutzungsvertrag (Grosskunden)

- Alle und alles

- individuell
- schriftlich
- AGB beilegen (nachweisbar)
- Technische Normen (Hinweis Fundstelle, ev. beilegen; auf wichtige Bestimmungen im NNV hinweisen)
- Änderungen (auch AGB, technische Richtlinien) beweisbar schriftlich

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit !